

DOSSIER NR. 107

SGB-Verteilungsbericht 2015

Eine Analyse der Lohn-, Einkommens- und Vermögensverteilung in der Schweiz

Avec résumé en français

Januar 2015

Daniel Lampart, David Gallusser, Kristina Schüpbach

Inhalt

Zusammenfassung	5
Résumé	7
1 Einleitung	9
2 Die Einkommensverteilung vor Steuern und Abgaben.....	10
2.1 Die Löhne	10
2.2 Die Altersrenten.....	15
2.3 Die Vermögenseinkommen.....	18
2.4 Die Gesamteinkommen	20
3 Die Einkommensverteilung nach Steuern und Abgaben	23
3.1 Die Belastung der Haushalte durch Steuern- und Abgaben	23
3.2 Die Veränderung der Steuern und Abgaben nach Lohnhöhe	25
3.3 Die Verteilung, gemessen mit Haushaltsbefragungen	29
3.4 Die Verteilung der verfügbaren Einkommen im internationalen Vergleich	31
4 Die Vermögensverteilung	35
4.1 Tiefe Steuern und hohe Erbschaften für Superreiche	36
4.2 Immobilienbesitz und Altersvorsorge	37
5 Literatur.....	39
6 Methodenanhang.....	42

Zusammenfassung

In der Schweiz hat sich die Verteilung zwischen den hohen und den übrigen Einkommen in den letzten 20 Jahren akzentuiert. Die grossen Gewinner sind die Spitzenverdiener und die vermögensstarken Haushalte. Mitverantwortlich dafür ist die Steuer- und Abgabepolitik. Die Einkommens- und Vermögenssteuern wurden gesenkt, was vor allem den Gutverdienenden genützt hat. Die für die tiefen und mittleren Einkommen wichtigen Krankenkassen-Prämienverbilligungen und Beiträge an den gemeinnützigen Wohnbau wurden hingegen nicht an die Kostenentwicklung angepasst.

- Lohnerhöhungen gab es vor allem für die Gut- und Topverdiener. Die Lohnschere begann sich insbesondere ab Mitte der 1990er Jahre weiter zu öffnen. Die Saläre des bestbezahlten Prozentes stiegen seither um rund 40 Prozent (real), während die tiefen und mittleren Löhne um 8 bzw. 12 Prozent zulegten. Haupttreiber dieser Entwicklung ist die Individualisierung der Lohnpolitik, insbesondere der Bonuszahlungen. Der Anteil der Boni an der Gesamtlohnsumme erhöhte sich zwischen 1996 und 2012 von 1.5 auf 6 Prozent. Der Löwenanteil dieser Bonuszahlungen kam den Spitzenverdienern zugute. Dementsprechend hat sich die Zahl der „Lohnmillionäre“ seit Mitte der 1990er Jahre verfünffacht.
- Positiv ist, dass die tiefen Löhne in der Schweiz nicht abgehängt wurden – im Unterschied zu Ländern wie Deutschland oder den USA. Dank den gewerkschaftlichen Mindestlohnkampagnen in den letzten 15 Jahren konnten im Tieflohnbereich (Gastgewerbe, Detailhandel u.a.) grosse Fortschritte erzielt werden. Die Schweiz gehört zu den wenigen Ländern, in denen heute mehr Beschäftigte einem Gesamtarbeitsvertrag unterstellt sind als in den 2000er-Jahren. Besorgniserregend ist hingegen die Lohnentwicklung bei den Berufstätigen mit abgeschlossener Lehre. Ihre Löhne stiegen zwischen 1996 und 2012 nur um etwas mehr als 4 Prozent.
- Die Löhne der Frauen sind nach wie vor wesentlich tiefer als diejenigen der Männer, obwohl die Bundesverfassung gleiche Löhne für gleichwertige Arbeit verlangt. 2012 betrug der Rückstand 18.9 Prozent, davon sind fast 2 Fünftel nicht durch Eigenschaften wie Qualifikation, berufliche Stellung, Branche usw. erklärbar.
- Bei den Altersrenten wirkt die AHV in hohem Mass ausgleichend. Doch die ungleiche Verteilung der Renten aus der zweiten und dritten Säule hebt diesen ausgleichenden Effekt auf. Das trägt letztlich dazu bei, dass die Einkommen der RentnerInnen, worunter neben den Renten auch Erwerbs- und Kapitaleinkommen fallen, ungleicher verteilt sind als diejenigen der Erwerbsbevölkerung.
- Die Verteilung der Brutto-Gesamteinkommen (Löhne, Vermögenseinkommen, Renten usw.) hat sich weiter konzentriert. Die Einkommen der Topverdiener sind viel stärker gestiegen als diejenigen der übrigen Einkommensklassen. Das durchschnittliche Einkommen der einkommensschwächeren 90 Prozent der Steuerpflichtigen hat in den 2000er Jahren sogar stagniert.
- Die Steuer- und Abgabepolitik hat diese Einkommensschere nicht geschlossen. Im Gegenteil hat sie die Ungleichverteilung tendenziell sogar noch verstärkt. Während die obersten Einkommen von Senkungen bei den Einkommenssteuern profitierten, wurden die unteren und

mittleren Einkommen vor allem durch die Kopfprämien bei der Krankenversicherung zusätzlich belastet. Bei den Einpersonenhaushalten wurden die einkommensschwächsten 10 Prozent mit monatlich 130 Franken und die mittleren Haushalte mit 140 Franken zusätzlich belastet. Das einkommensstärkste Prozent zahlt hingegen 50 Franken weniger Steuern und Abgaben. Bei den Paarhaushalten mit 2 Kindern liegt die Mehrbelastung bei 170 Franken (unterste 10 Prozent) und 110 Franken (mittlere Einkommen). Auch hier wurde das oberste Prozent hingegen entlastet, und zwar um 150 Franken.

- Das Schweizer Steuer- und Abgabesystem wirkt somit nur schwach progressiv. Zwar sind die Steuertarife beim Bund und in den meisten Kantonen progressiv ausgestaltet. Doch wenn man die indirekten Steuern und die Krankenkassenprämien dazu nimmt, so ist die Belastung über einen grossen Teil der Einkommensklassen nahezu proportional. Das trifft insbesondere für die Einzelhaushalte zu. Im internationalen Vergleich gehört das Schweizer System der Steuern und Abgaben zu den verteilungspolitisch ungerechtesten Systemen. Es korrigiert die Unterschiede bei den Primäreinkommen kaum. Hauptursache dafür sind die Kopfprämien bei der Krankenversicherung, die einkommenspolitisch degressiv wirken.
- Die Krankenkassenprämien sind seit 1997 real um 94 Prozent gestiegen. Die Prämienverbilligungen haben mit diesem Anstieg nicht Schritt gehalten. Sie wurden nur um 36 Prozent erhöht. In jüngster Zeit hat sich der Druck auf die Prämienverbilligungen wegen den kantonalen Sparmassnahmen weiter erhöht. Die Belastung der Privathaushalte durch die Krankenkassenprämien steigt und steigt. Das Versprechen aus der KVG-Revision, dieser Belastung durch zusätzliche Prämienverbilligungen Einhalt zu gebieten, wurde nicht eingelöst.
- Die Mieten sind im gesamtschweizerischen Durchschnitt zwischen 2002 und 2012 um 16 Prozent gestiegen. Das belastet Familienhaushalte mit mittlerem Lohn mit 270 Franken/Monat und Alleinstehende mit mittlerem Lohn mit 90 Franken/Monat zusätzlich. Mitverantwortlich dafür sind auch Bund, Kantone und Gemeinden: Sie haben ihre Beiträge an den gemeinnützigen Wohnbau seit den 1990er-Jahren mehr als halbiert (gemessen an den Gesamtausgaben).
- Die Vermögen sind sehr ungleich verteilt. Das reichste Prozent aller Steuerpflichtigen besitzt 40 Prozent des gesamten steuerbaren Reinvermögens (aktuellste Zahlen von 2011). Das sind 590 Milliarden Franken und damit deutlich mehr als das, was sich die untersten 90 Prozente teilen. Auf sie entfielen 384 Milliarden oder 26 Prozent aller Vermögen. Mit dieser schiefen Verteilung gehört die Schweiz zu den ungleichsten entwickelten Ländern der Welt.
- Die statistischen Grundlagen in der Schweiz sind ungenügend. Die jeweils für Verteilungsfragen verwendete Haushaltsbudgeterhebung des Bundesamtes für Statistik erfasst nur rund 0.4 Prozent aller Haushalte und eignet sich nur sehr bedingt für solche Analysen. Die Ungleichverteilung wird tendenziell unterschätzt. Der SGB hat deshalb ein umfangreiches Berechnungsmodell entwickelt, welches die Entwicklungen bei den tiefen und den hohen Einkommen besser abbilden kann.

Résumé

En Suisse, la répartition des revenus entre revenus élevés et les autres revenus est devenue toujours plus inégale ces 20 dernières années. Les grands gagnants sont les personnes à revenus très élevés et les ménages qui ont une grande fortune. La politique fiscale appliquée est coresponsable de ce fait. En effet, les impôts sur le revenu et sur la fortune ont été baissés, ce dont ont surtout profité les personnes à revenus élevés. Les réductions des primes des caisses maladie, importantes pour les bas et moyens revenus, et les subsides destinés à la construction de logements d'utilité publique n'ont par contre pas été indexés sur l'évolution des coûts.

- Les hausses de salaire ont avant tout profité aux revenus élevés et très élevés. L'écart entre les salaires a commencé à se creuser fortement, spécialement depuis le milieu des années 1990. Les salaires réels du 1 % le mieux rémunéré ont augmenté depuis lors d'environ 40 % (en termes réels), contre 8, respectivement 12 % pour les bas et moyens salaires réels. L'individualisation de la politique salariale est le principal moteur de cette évolution, surtout le versement de bonus. De 1996 à 2012, la part de ces derniers à la masse salariale totale est passée de 1,5 à 6 %. Les très hauts revenus s'en sont taillé la part du lion. En conséquence, le nombre de « salarié(e)s millionnaires » a été multiplié par cinq depuis les années 1990.
- Point positif : en Suisse, les bas salaires n'ont pas été distancés, à la différence de ce qui a eu lieu en Allemagne ou aux États-Unis. Grâce aux campagnes menées ces 15 dernières années par les syndicats pour demander des salaires minimums, d'importants progrès ont pu être réalisés dans le domaine des bas salaires (hôtellerie-restauration, commerce de détail...). La Suisse est l'un des rares pays à compter plus de personnes protégées par une convention collective de travail (CCT) aujourd'hui que dans les années 2000. L'évolution des salaires des personnes titulaires d'un apprentissage inquiète par contre. Entre 1996 et 2012, ces salaires n'ont augmenté que d'un peu plus de 4 % environ.
- Bien que la Constitution fédérale exige qu'il y ait égalité de salaire pour un travail de valeur égale, les salaires des femmes sont toujours sensiblement inférieurs à ceux des hommes. En 2012, la différence était de 18,9 %, dont près des deux cinquièmes ne peuvent pas s'expliquer par des caractéristiques comme les qualifications, la position hiérarchique, la branche, etc.
- Concernant les rentes de vieillesse, l'AVS a, dans une large mesure un effet de compensation. Mais la répartition inégale des rentes des deuxième et troisième piliers annule cet effet, ce qui contribue finalement à une répartition des revenus des retraité(e)s, ceux-ci comprenant, en plus des rentes, les revenus d'une activité lucrative et du capital, plus inégale que pour la population professionnellement active.
- La répartition du revenu total brut (salaires, revenu de la fortune, rentes, etc.) a continué à se polariser. Les revenus des personnes touchant des salaires très élevés ont beaucoup plus augmenté que ceux des autres. Le revenu moyen de 90 % des contribuables a même stagné pendant les années 2000.
- La fiscalité n'a pas comblé ces écarts. Au contraire, elle a même tendanciellement renforcé les inégalités. Alors que les revenus supérieurs profitaient de la baisse des impôts sur le revenu, les bas et moyens revenus ont vu leur charge croître surtout à cause des primes individuelles des caisses maladie. La charge des 10 % de ménages à une personne aux revenus les plus faibles a augmenté de 130 francs par mois, de 140 francs pour les revenus moyens.

Le 1 % des personnes aux revenus les plus élevés paie par contre 50 francs de moins d'impôts et de taxes. Pour les ménages constitués d'un couple ayant deux enfants, la charge supplémentaire est de 170 (10 % inférieurs) ou 110 francs (revenus moyens). Ici aussi, le 1 % supérieur a par contre vu sa charge diminuer, et cela, de 150 francs.

- La fiscalité suisse n'a donc qu'un faible effet de progressivité. Si les tarifs d'impôt de la Confédération et de la plupart des cantons sont progressifs, lorsque l'on ajoute les impôts indirects et les primes des caisses maladie, on obtient une charge presque proportionnelle pour une grande partie des classes de revenu. C'est particulièrement vrai pour les ménages à une personne. En comparaison internationale, le système fiscal suisse fait partie des systèmes les plus injustes du point de vue de la répartition des revenus et de la fortune. Il ne corrige guère les différences existant au niveau des revenus primaires. Les primes individuelles de l'assurance-maladie, dont l'effet sur les revenus est dégressif, en sont la principale cause.
- Depuis 1997, les primes des caisses maladie ont augmenté de 90 % en termes réels. Les réductions des primes n'ont pas tenu le rythme de cette hausse, la réduction moyenne par personne n'ayant augmenté que de 36 %. Depuis peu, la pression sur les réductions des primes s'est accentuée à cause des programmes d'austérité de quelques cantons. La charge que représentent ces primes pour les ménages privés ne cesse de s'alourdir. La promesse faite, lors de la révision de la loi sur l'assurance-maladie, de contenir cette augmentation par des réductions de primes supplémentaires n'a pas été tenue.
- Les loyers suisses ont en moyenne augmenté de 16 % entre 2002 et 2012, ce qui représente 270 francs de plus par mois pour les familles à revenus moyens et 90 francs de plus pour les personnes à revenus moyens vivant seules. Confédération, cantons et communes en sont co-responsables pour avoir divisé par plus que deux (par rapport aux dépenses totales) depuis les années 1990 leurs subsides à la construction de logements d'utilité publique.
- La fortune est très inégalement répartie dans notre pays. Le 1 % le plus riche des contribuables possède 40 % de la fortune nette imposable totale (chiffres les plus récents : 2011). Ce sont là 590 milliards de francs et, donc, bien plus que ce que les 90 % restants se partagent, soit 384 milliards de francs, ou 26 % de la fortune. Avec une répartition aussi inégale, la Suisse fait partie des pays développés les plus inégalitaires du monde.
- En Suisse, les bases statistiques sont insuffisantes. Les questions de répartition de l'Enquête sur le budget des ménages de l'Office fédéral de la statistique ne sont posées qu'à environ 0,4 % des ménages et ne se prêtent guère à de ce genre d'analyse. La répartition inégale des revenus et de la fortune est tendanciellement sous-évaluée. C'est pourquoi l'Union syndicale suisse (USS) a développé un vaste modèle de calcul qui est mieux en mesure de reproduire l'évolution des bas et hauts revenus.

1 Einleitung

Der vorliegende Verteilungsbericht geht wie der letzte Bericht aus dem Jahr 2012 der Frage nach, wie die Einkommen und Vermögen in der Schweiz verteilt sind. Wiederum werden verschiedene Daten und Studien berücksichtigt, um ein möglichst umfassendes Bild zu geben. Im aktuellen Bericht wurde ein besonderes Augenmerk auf die Steuer- und Abgabepolitik gerichtet. Denn sie hat im letzten Jahrzehnt die Einkommensverteilung in der Schweiz stark geprägt. Leider vor allem zugunsten der Besserverdienenden. Das ist eines der Schlüsselresultate des Berichts.

Bevor aber die Verteilungswirkung der Politik detailliert besprochen wird, geht der erste Teil dieses Berichts auf die Verteilung der Einkommen vor Steuern und Abgaben ein. Dazu wird zunächst die wachsende Lohnschere thematisiert. Danach wird die Verteilung der Renten und Vermögenseinkommen (Zinsen, Dividenden, Einkommen aus Vermietung usw.) diskutiert, um danach die zunehmende Konzentration aller Einkommen zusammen zu betrachten.

In einem zweiten Teil wird dann die Verteilung der verfügbaren Einkommen nach Steuern, Abgaben und Transfers untersucht. Es werden dazu Resultate eines vom SGB entwickelten Berechnungsmodells präsentiert, um die Unzulänglichkeiten von Analysen, die auf Haushaltsbefragungen beruhen, zu überbrücken. Das Modell berücksichtigt die Belastung unterschiedlicher Einkommen anhand der durchschnittlichen Steuer-, Abgaben- und Transferrate in der Schweiz. Es erlaubt überdies auch die durchschnittliche Belastung durch Mieten zu schätzen. Abschliessend erfolgt ein internationaler Vergleich. Hier zeigt sich, dass kein Staat in Europa weniger umverteilt als die Schweiz. Hauptursache sind die Krankenkassenprämien.

Der letzte Teil widmet sich den Vermögen. Die Auswertung der aktuellsten gesamtschweizerischen Vermögenssteuerstatistik zeigt eine weitere Verschärfung der hohen Vermögensungleichheit in der Schweiz.

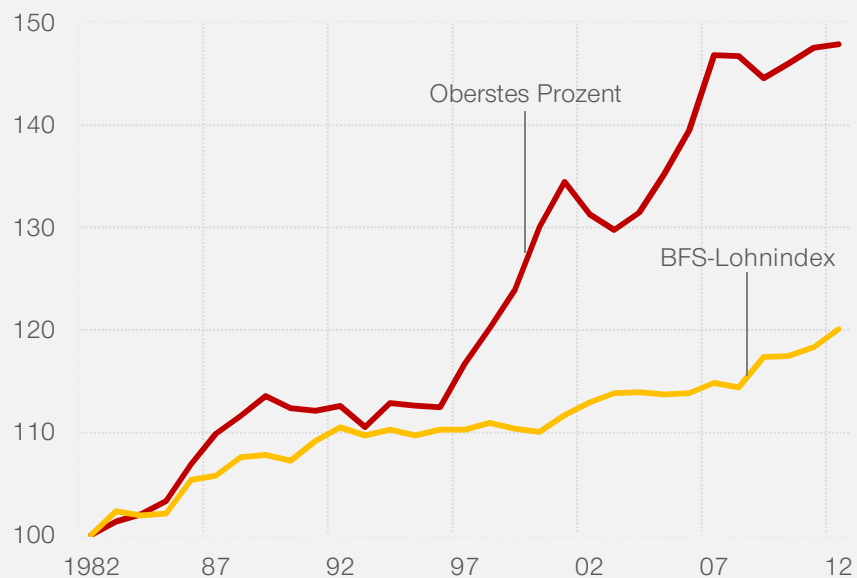
2 Die Einkommensverteilung vor Steuern und Abgaben

2.1 Die Löhne

Die grosse Mehrheit der Bevölkerung lebt direkt oder indirekt von einem Lohn. Für die Verteilung der Gesamteinkommen spielt es daher eine wichtige Rolle, wie die Löhne verteilt sind. Die Entwicklung verlief in den letzten 20 Jahren eindeutig zugunsten der Gut- und Spitzenverdiener. Die sich öffnende Schere zwischen den hohen und den übrigen Salären ist jedoch ein relativ neues Phänomen. Bis ungefähr Mitte der 1990er Jahre stiegen die höchsten Gehälter nicht wesentlich stärker als die übrigen. Zwar gab es auch zuvor beträchtliche Unterschiede zwischen den hohen und den tiefen Löhnen. Doch die Unterschiede vergrösserten sich nicht sehr stark. Anders ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre. Insbesondere ab 1997 begannen die Topsaläre stark in die Höhe zu schießen. Innerhalb von rund zehn Jahren resultierte ein Anstieg des obersten Prozentes um rund 40 Prozent. Demgegenüber war die allgemeine Lohnentwicklung sehr verhalten – insbesondere in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, als die Reallöhne stagnierten. Dabei geht es um viel Geld, wie ein einfaches Rechenbeispiel zeigt: Die Lohnsumme des bestbezahlten Prozentes stieg seit Mitte der 1990er Jahre um fast 13 Mrd. Franken. Damit hätte man die übrigen Löhne um rund 3 Prozent anheben können.

Grafik 2.1 Reallohnentwicklung seit 1982

(Tiefster) Lohn des obersten Prozentes vs. BFS-Lohnindex, indiziert, 1982=100



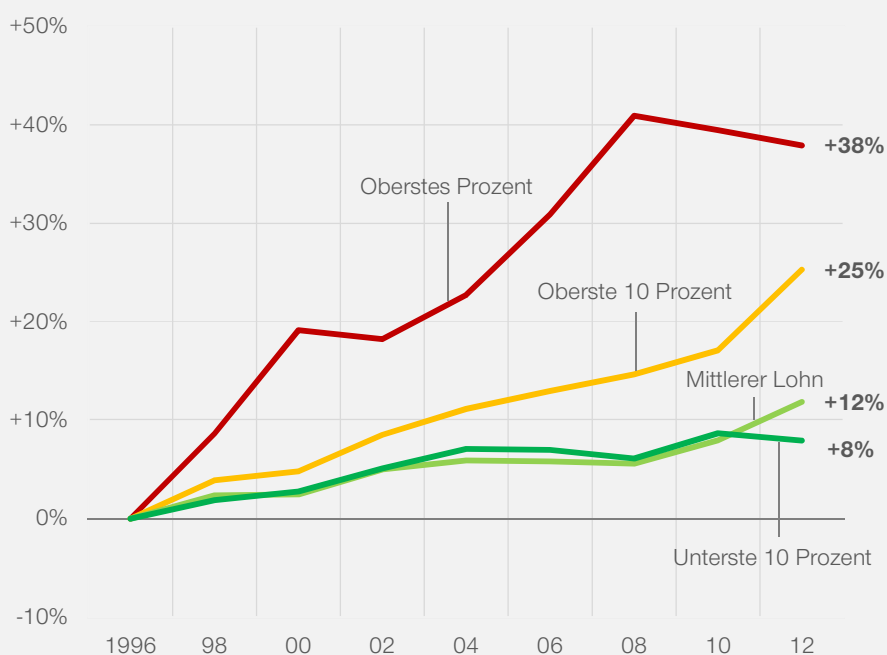
Quelle: BFS, Schweizerischer Lohnindex;
BSV, AHV-Beitragszahlerstatistik

Die Entwicklung seit 1996 lässt sich dank der Lohnstrukturerhebung noch etwas detaillierter darstellen. Seit dem Jahr 1996 sind die Löhne des obersten Prozentes nach Abzug der Teuerung um rund 40 Prozent (+6500 Franken/Monat) gestiegen. Die obersten 10 Prozent haben um 25 Prozent zugelegt (+2300 Franken/Monat). Die mittleren und tiefen Löhne konnten damit nicht Schritt halten. Die mittleren nahmen um 12 Prozent zu (+650 Franken/Monat). Die untersten 10

Prozent stiegen weitgehend parallel zu den mittleren (+8 Prozent bzw. +290 Franken/Monat). Im Gegensatz zu anderen Ländern wie den USA oder Deutschland wurden die tiefen Löhne in der Schweiz somit nicht abgehängt, was zu einem grossen Teil eine Folge der aktiven Gewerkschaftsarbeit im Tieflohnsegment ist. Die Mindestlohnkampagnen – Ende der 1990er Jahre für Löhne über 3000 Franken, dann ab 2010 für mindestens 4000 Franken – trugen Früchte. Besonders beunruhigend ist die Lohnentwicklung bei den Berufstätigen mit einer Lehre. Ihre Löhne stiegen zwischen 1996 und 2012 nur um etwas mehr als 4 Prozent.

Grafik 2.2 Lohnwachstum nach Lohnklasse seit 1996

Preisbereinigt, Privatwirtschaft und Bund

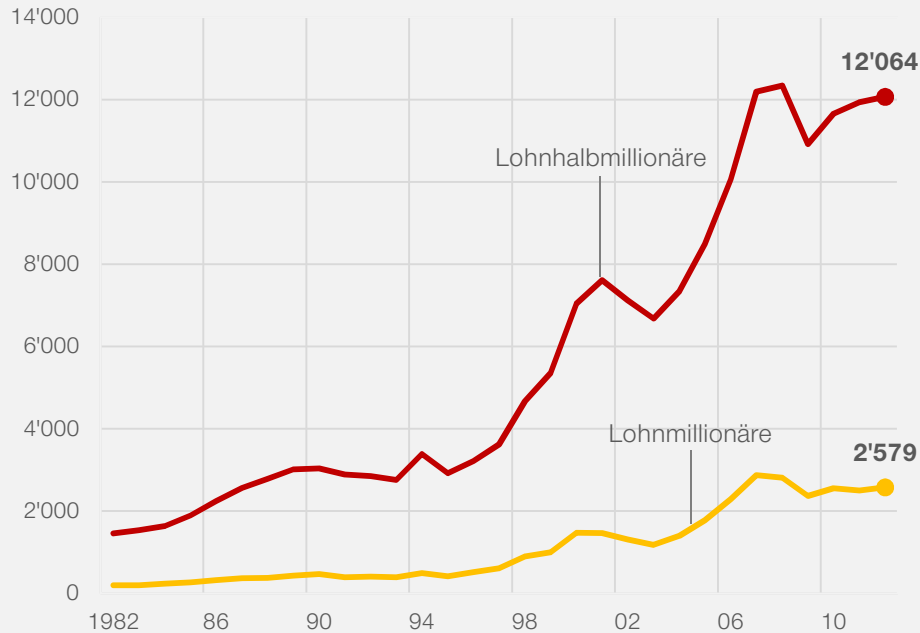


Quelle: BFS, Lohnstrukturerhebung; Bemerkung: Wert für das oberste Prozent 2012 mit der Reihe der obersten 10 Prozent der oberen und obersten Kader genähert.

Der starke Anstieg der Spitzenverdienste lässt sich auch an der Zahl der Lohnmillionäre ablesen. Heute beziehen mehr als 2500 Personen ein Salär von einer Million Franken und mehr pro Jahr. Das sind rund 13 Mal mehr als in den 1980er Jahren. Mehr als 12'000 Personen haben mittlerweile ein Gehalt von einer halben Million und mehr.

Grafik 2.3 Anzahl Lohnmillionäre und Lohnhalbmillionäre

Anzahl Personen mit mehr als 1 bzw. einer halben Million Franken Jahreslohn, zu Preisen von 2012

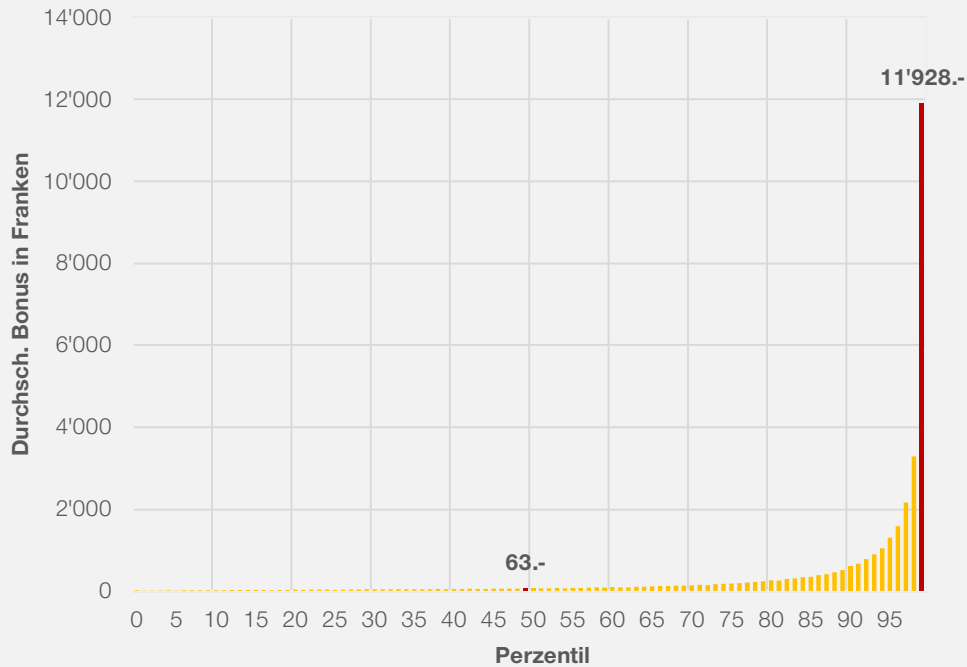


Quelle: Bundesamt für Sozialversicherungen, AHV-Beitragszahlerstatistik

Haupttreiber dieser extremen Zunahme der Lohnunterschiede ist die Individualisierung der Lohnpolitik mit den stark gestiegenen Bonuszahlungen bzw. variablen Lohnkomponenten (vgl. auch Lampart und Gallusser 2013). Gemessen an der Gesamtlohnsumme nahmen die Bonusausschüttungen von 1.5 Prozent (1996) auf 6 Prozent (2012) zu. Diese zusätzlichen Bonuszahlungen wurden zum grössten Teil an die obersten Gehaltsklassen ausgerichtet. Wie die Grafik unten zeigt, nahmen die Boni mit der Höhe des Lohnes markant zu. In den unteren und mittleren Lohnklassen veränderte sich der Bonusanteil zwischen 1996 und 2010 (neueste Zahlen) nur unwesentlich. Bei den obersten Klassen lag die Zunahme dagegen teilweise im zweistelligen Prozentbereich. Noch deutlicher wird die Entwicklung, wenn die Bonuszahlungen in absoluten Frankenbeträgen dargestellt werden. Bonuszahlungen schenken bei den Topverdienern ein, deren Boni teilweise mehrere Tausend Franken/Monat betragen. Das oberste Prozent kassierte 2010 einen Bonus von 11'928 Franken/Monat respektive 143'136 Franken/Jahr.

Grafik 2.4 Monatlicher Durchschnittsbonus nach Lohnklasse

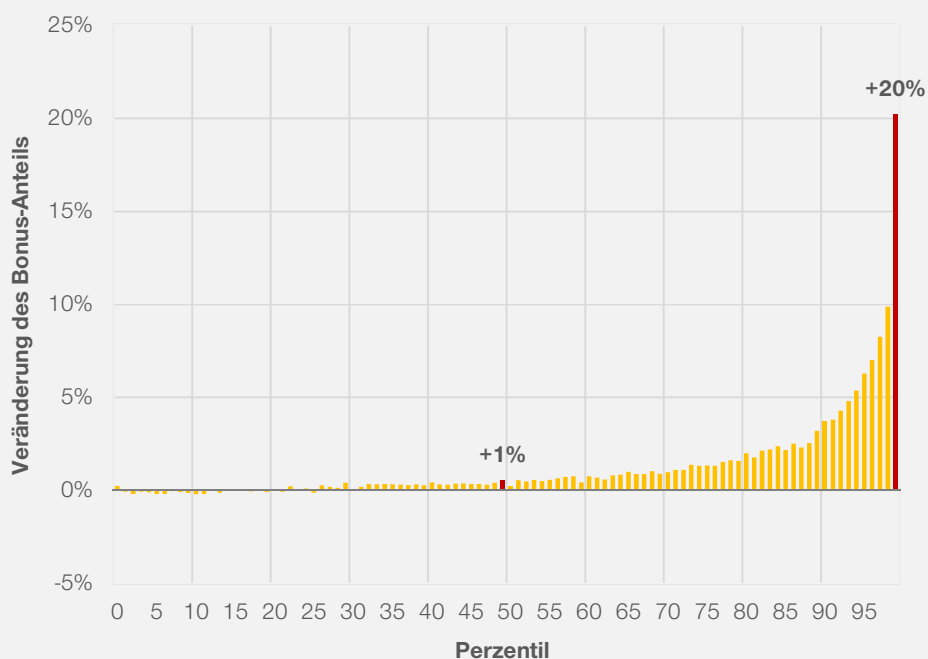
Nach Perzentilen, 2010, Arbeitnehmende in der Privatwirtschaft



Quelle: Lohnstrukturerhebung BFS 1996-201; ausgewertet durch das OUE der Universität Genf.

Grafik 2.5 Veränderung des Bonus-Anteils am Gesamtlohn nach Lohnklassen

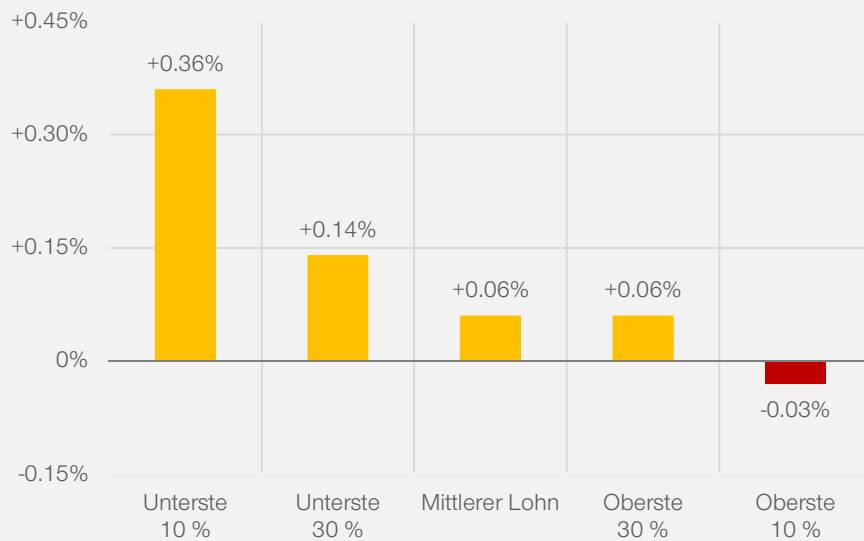
1996 bis 2010, nach Perzentilen, Privatwirtschaft



Quelle: Lohnstrukturerhebung BFS 1996-201; ausgewertet durch das OUE der Universität Genf.

Ausgleichend wirken hingegen kollektive Lohnverhandlungen und generelle Lohnerhöhungen. Je stärker die gewerkschaftliche Organisation einer Branche ist, desto mehr werden die unteren und mittleren Löhne angehoben und die obersten leicht gedrückt. Positiv war die Entwicklung der Gesamtarbeitsverträge GAV über die letzten Jahre. Die Schweiz gehört zu den wenigen Ländern auf der Welt, in welchen die GAV-Abdeckung seit der Jahrtausendwende gestiegen ist. Die aktive gewerkschaftliche Arbeit zahlte sich aus.

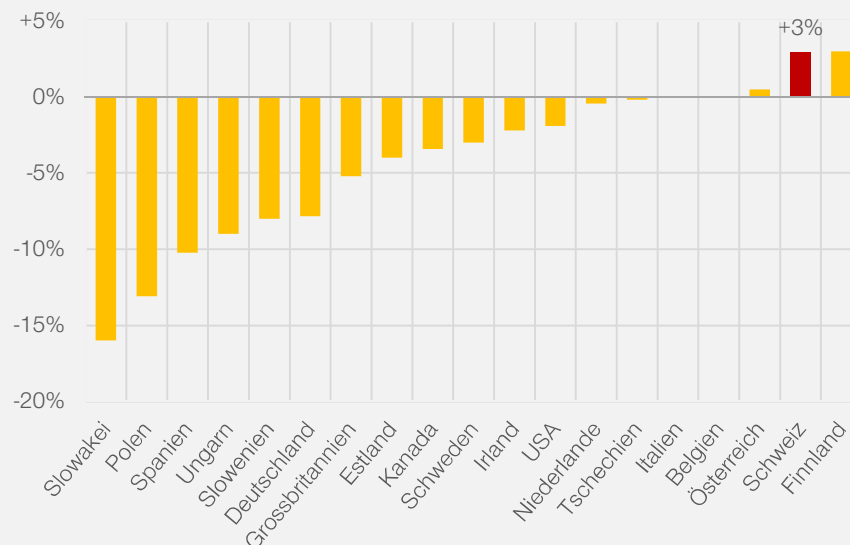
Grafik 2.6 Anstieg der Löhne nach Lohnklassen, wenn ein zusätzliches Prozent aller Arbeitnehmenden Gewerkschaftsmitglied wird



Quelle: Fournier und Koske (2012: 25)

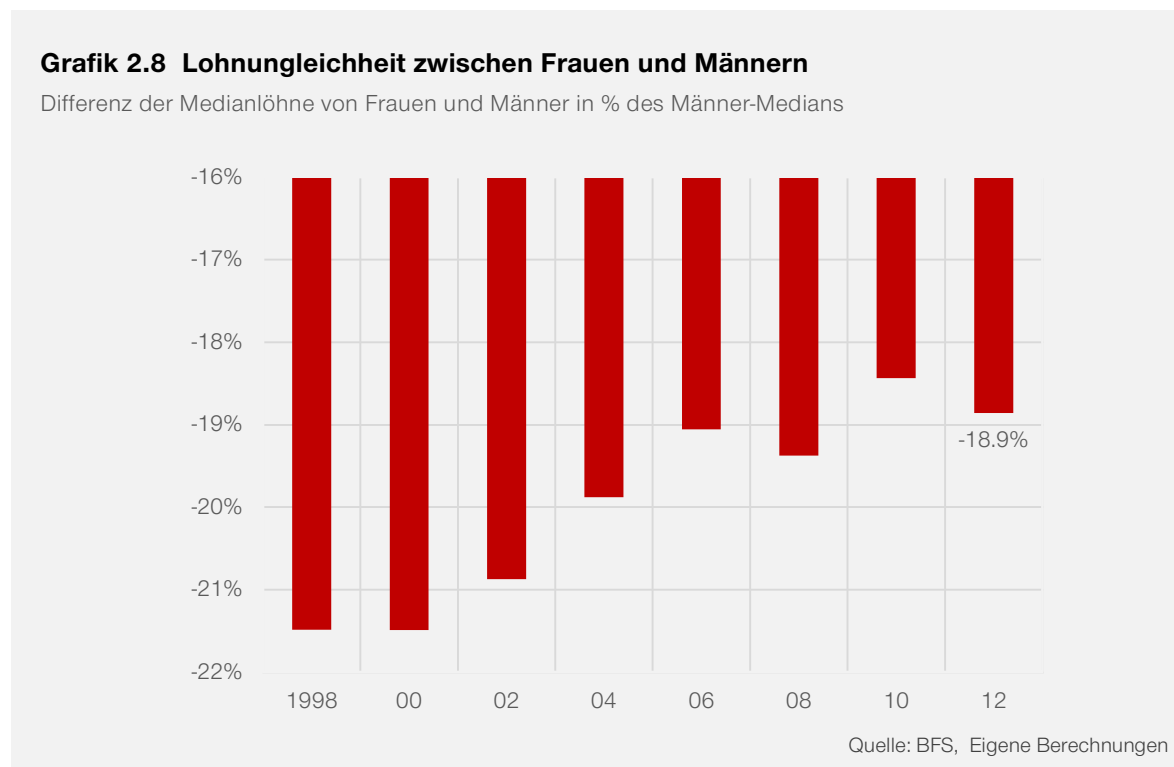
Grafik 2.7 Veränderung GAV Abdeckung 2000/01 bis 2009/12

in Prozentpunkten



Quelle: ICTWSS database 4.0

Vor allem in jüngerer Zeit enttäuschend ist die Entwicklung der Frauen- im Vergleich zu den Männerlöhnen. Obwohl die Bundesverfassung vorschreibt, dass Frauen und Männer für gleichwertige Arbeit den gleichen Lohn erhalten müssen, lagen die Frauenlöhne 2012 im Mittel um 18.9 Prozent unter denjenigen der Männer. Davon sind 38 Prozent (Werte aus 2010) statistisch nicht durch Eigenschaften wie Qualifikation, berufliche Stellung usw. erklärbar. Das entspricht einer Summe von 7.7 Mrd. Franken pro Jahr, die den Frauen entgeht. Besorgniserregend ist insbesondere, dass der Unterschied zwischen den Frauen- und den Männerlöhnen seit der zweiten Hälfte der 2000er Jahre nicht mehr zurückging.

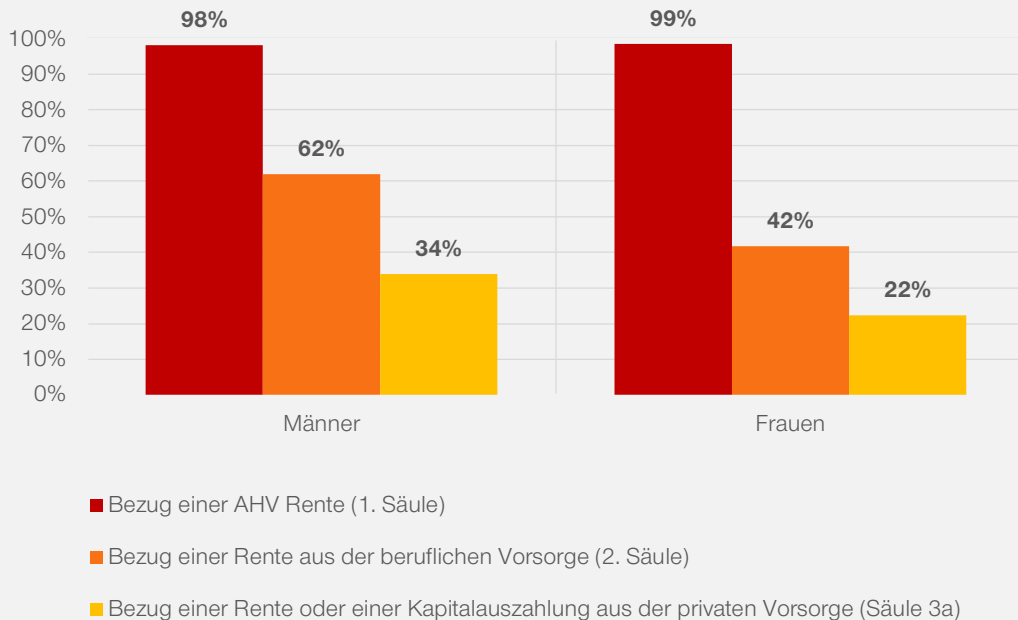


2.2 Die Altersrenten

Die AHV als Volksversicherung kommt fast ausnahmslos allen Männern und Frauen über 65 zu Gute (vgl. Grafik 2.9). Renten aus der beruflichen und insbesondere der privaten Vorsorge erreichen dagegen deutlich weniger Pensionierte. Bei den Pensionskassen rührt der tiefere Anteil daher, dass erst seit 1985 das Obligatorium besteht und auch seither nur Arbeitnehmende mit Löhnen über der Eintrittsschwelle (zurzeit 21'150 Franken im Jahr) zwingend versichert sind. Teilzeitbeschäftigte und andere Arbeitnehmende mit tiefen Einkommen, aber auch Selbständige erwerben oftmals keine Ansprüche auf Pensionskassenrenten. Der tiefe Anteil bei der Säule 3a wiederum ist Ausdruck dessen, dass es sich vornehmlich die obersten Einkommen leisten können, privat vorzusorgen. Der frappante Unterschied zwischen den Frauen und den Männern bei Renten der zweiten und dritten Säule liegt darin, dass Frauen einen Grossteil der unbezahlten Haus- und Familienarbeit übernehmen. Sie erzielen dadurch häufiger zu tiefe Erwerbseinkommen, die keine Ersparnisse in der zweiten oder dritten Säule erlauben.

Grafik 2.9 Anteil der RentnerInnen, die bis 5 Jahre nach dem Renteneintrittsalter eine Rentenleistung bezogen

2012



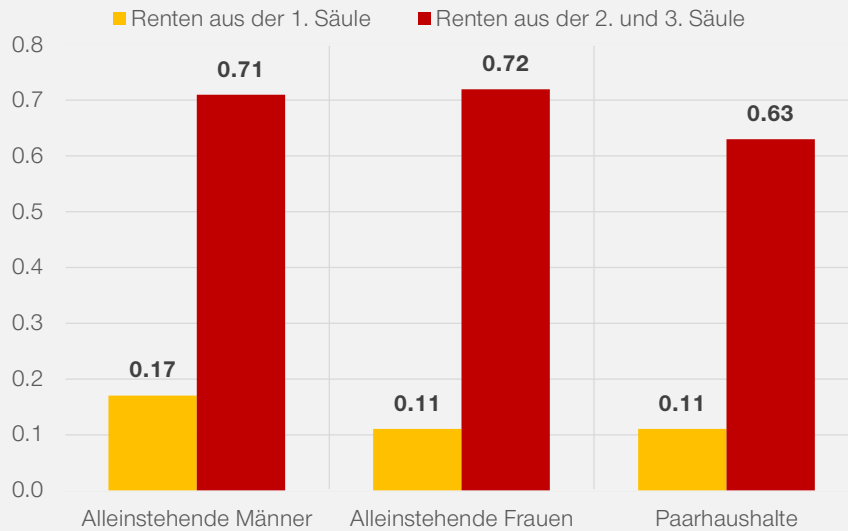
Quelle: Bundesamt für Statistik, Schweizerische Arbeitskräfteerhebung

Die Verteilung auf die Rentenformen sagt alleine noch wenig darüber aus, wie die Renteneinkommen verteilt sind. Darüber gibt eine detaillierte Auswertung der Steuerregisterdaten aus den Kantonen Aargau, Neuenburg, St. Gallen, Wallis und Zürich aus dem Jahr 2003 von Wanner und Gabadinho (2008: 32) Aufschluss. Die Autoren berechneten Gini-Koeffizienten¹ für die Renten aus der ersten, zweiten und dritten Säule. Wie in der Grafik 2.10 zu erkennen ist, sind die Werte für die AHV sowohl bei Alleinstehenden als auch bei Paarhaushalten sehr tief. Die AHV-Renten sind also sehr gleich verteilt. Das liegt daran, dass die Maximalrente nur doppelt so hoch ist wie die Mindestrente (bei vollen Beitragsjahren) und die gemeinsame Rente für Ehepaare zusätzlich auf das 1.5fache der Maximalrente plafoniert ist. Rechnet man die Ergänzungsleistungen zu den AHV-Renten hinzu, wie dies bei den Daten der Haushaltsbudgeterhebung (HABE) der Fall ist, werden praktisch die gleichen Renten über alle Einkommensklassen hinweg bezahlt. Das geht aus der Grafik 2.11 hervor, welche die Zusammensetzung der durchschnittlichen Einkommen der über 65-jährigen Paarhaushalte in der Schweiz nach Einkommensklassen aufschlüsselt.

¹ Der Gini-Koeffizient misst die Ungleichheit. Er nimmt den Wert 1 an, wenn ein Haushalt alle Renten auf sich vereint, und beträgt 0, wenn alle Haushalte die gleiche Rente beziehen.

Grafik 2.10 Verteilung der Renten aus 1., 2. und 3. Säule in Aargau, Neuenburg, St. Gallen, Wallis und Zürich

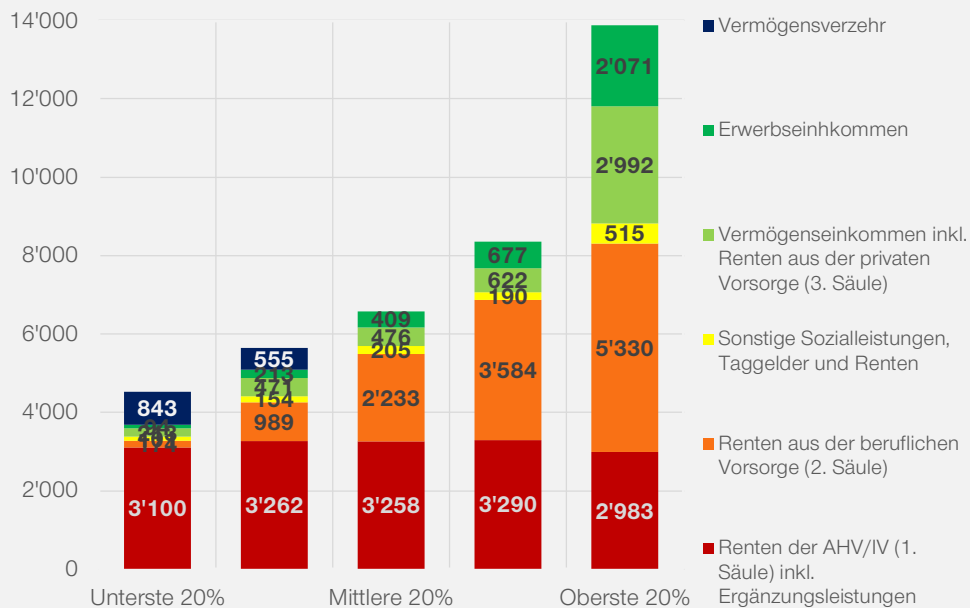
Gini-Koeffizienten, 2003



Quelle: Wanner und Gabadinho 2008: 32

Grafik 2.11 Zusammensetzung der durchschnittlichen Einkommen von Paarhaushalten über 65 Jahre

nach Einkommensklasse, pro Monat, in Franken, 2009-2011



Quelle: Bundesamt für Statistik, Haushaltsbudgeterhebung

Ganz anders zeigt sich die Verteilung der Renten aus der zweiten und dritten Säule. Wie aus den hohen Gini-Koeffizienten hervorgeht, sind diese Renten sehr ungleich verteilt. Die schiefe Verteilung zeigt sich auch, wenn man die Zusammensetzung der Rentnereinkommen nach HABE betrachtet. Die einkommensschwächsten 20 Prozent der Paarhaushalte über 65 beziehen nämlich durchschnittlich bloss 174 Franken aus einer Pensionskasse und 213 Franken aus Vermögenseinkommen – worunter in der HABE auch Renten aus der Säule 3a fallen –, während die einkommensstärksten 20 Prozent mit 5'530 Franken respektive 2'992 Franken ein Vielfaches mehr erhalten. Zusätzlich lässt sich bei zweiter und dritter Säule wieder ein deutlicher Geschlechtergraben feststellen. So sind beispielsweise die Pensionskassenrenten der Männer im Durchschnitt doppelt so hoch wie diejenigen der Frauen (BFS 2014a: 31). Zu diesen Unterschieden trägt wiederum die Ungleichheit bei den Erwerbseinkommen bei: Tiefe und mittlere Einkommen sowie Frauen, die nicht nur schlechter verdienen, sondern auch häufiger Teilzeit arbeiten, können in ihrem Erwerbsleben schlicht weniger in der zweiten und dritten Säule ansparen. Das gilt vor allem, wenn sie vor 1985 nicht durch ihren Arbeitgeber in einer Pensionskasse versichert waren.

Die Renten aus der zweiten und dritten Säule sind demmassen ungleich verteilt, dass sie den ausgleichenden Effekt der AHV-Renten aushebeln. Das trägt letztlich dazu bei, dass die Einkommen der RentnerInnen, worunter neben den Renten auch Erwerbs- und Kapitaleinkommen fallen, noch ungleicher verteilt sind als diejenigen der Erwerbsbevölkerung (vgl. ebd., BFS 2012: 2).

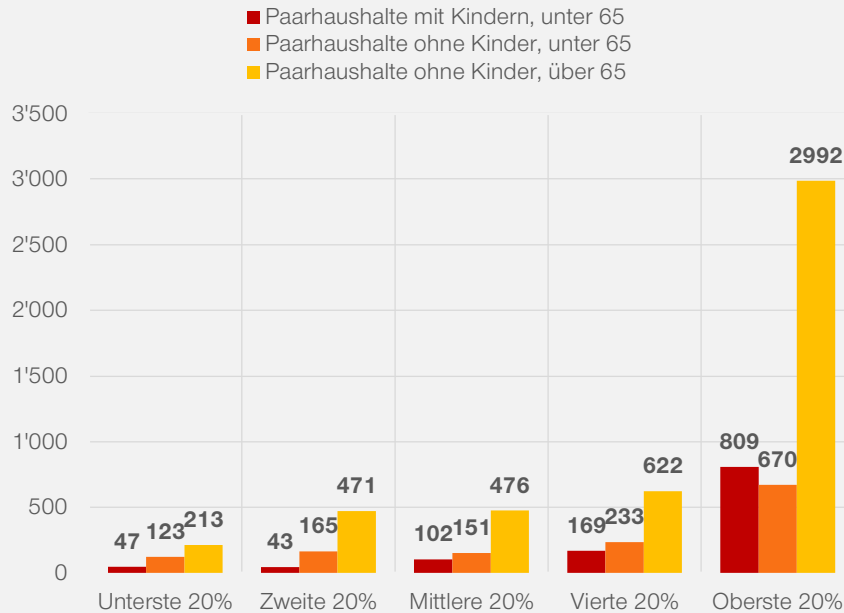
2.3 Die Vermögenseinkommen

Als Vermögenseinkommen gelten alle Einkommen, welche die Haushalte aufgrund ihres Besitzes an Vermögenswerten erhalten. Darunter fallen beispielweise Zinsen auf Bankkonti oder Anleihen, Dividenden oder Einkommen aus der Vermietung von Immobilien. Über die Verteilung der Vermögenseinkommen in der Schweiz kann zunächst die Haushaltsbudgeterhebung (HABE) Auskunft geben². Die nachfolgende Grafik 2.12 zeigt die monatlichen Einkommen aus Vermögen von Paarhaushalten nach Einkommensklasse (aller Einkommen). Wie zu erkennen ist, sind die Vermögenseinkommen äusserst ungleich verteilt. Die meisten Haushalte beziehen nur geringe Einkommen aus Vermögen. Nur bei den einkommensstärksten 20 Prozent liegt das Einkommen aus Vermögen deutlich höher. Augenfällig sind ausserdem die grösseren Einkünfte der über 65jährigen. Das liegt daran, dass RenterInnen mehr Vermögen besitzen als Erwerbspersonen (vgl. Wanner/Gabardinho 2008:77ff.) und daher auch höhere Einkommensansprüche geltend machen können. Allerdings sind die Unterschiede gerade unter den RenterInnen riesig: Die einkommensstärksten 20 Prozent erhalten 14 Mal mehr Vermögenseinkommen als die einkommensschwächsten 20 Prozent.

² Die HABE zählt neben Zinsen, Dividenden und Einkommen aus Vermietung, auch Renten aus der dritten Säule sowie Tagelder von Lebensversicherungen zu den Vermögenseinkommen.

Grafik 2.12 Einkommen aus Vermögen und Vermietung von Paarhaushalten nach Einkommensklasse (aller Einkommen)

im Monat, in Franken, 2009 bis 2011



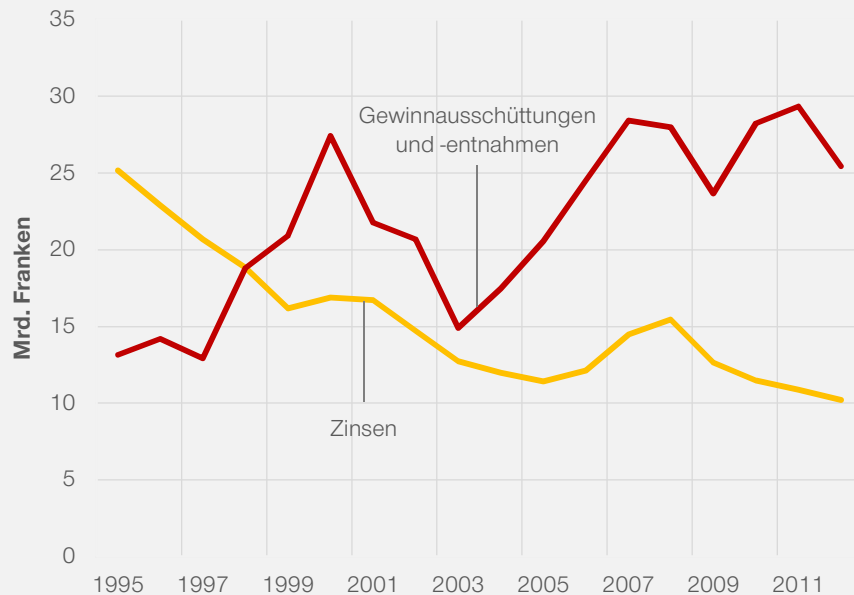
Quelle: Bundesamt für Statistik, Haushaltsbudgeterhebung

Die HABE kann jedoch wegen ihrer beschränkten Stichprobe nur ein unvollständiges Bild über die Verteilung der Vermögenseinkommen liefern (vgl. Diskussion der Haushaltsbefragungen in Kapitel 3.3). Insbesondere ist es nicht möglich, Aussagen zu den Einkommen der vermögendsten Haushalte zu machen, da diese mit der verwendeten Stichprobe nicht repräsentativ abgebildet werden können. Auf Grund der sehr ungleichen Verteilung der Vermögen in der Schweiz (vgl. Kapitel 4) ist aber davon auszugehen, dass die Vermögenseinkommen noch ungleicher verteilt sind als es die HABE vermuten lässt. Zudem muss man annehmen, dass die Ungleichheit bei den Vermögenseinkommen in den letzten zwei Jahrzehnten weiter zugenommen hat. Das hat zwei Gründe:

- Erstens haben sich die Vermögen gemessen an den steuerbaren Vermögen weiter konzentriert (vgl. Kapitel 4). Damit sind auch die Einkommen aus diesen Vermögen ungleicher verteilt.
- Zweitens erhalten die privaten Haushalte in der Schweiz heute deutlich mehr Gewinnausschüttungen und -entnahmen von Unternehmen. Gleichzeitig werden weniger Zinsen entrichtet. Das zeigt die Grafik 2.13. Von dieser Entwicklung profitieren hauptsächlich die Vermögendsten. Sie sind es nämlich, die vor allem im Besitz von Unternehmensbeteiligungen wie Aktien sind, die zum Bezug der Gewinne berechtigen. So halten Millionäre beispielsweise im Mittel 45 Prozent ihres Vermögens in Aktien, während dieser Anteil bei der Gesamtbevölkerung nur bei 20 Prozent liegt (Birchler et al. 2011: 25). Gleichzeitig machen verzinsliche Vermögenswerte einen geringeren Anteil des Gesamtvermögens der Reichsten aus. Auf Bankkonti liegen bei den Millionären beispielsweise nur 35 Prozent des Vermögens, während es bei der Gesamtbevölkerung 50 Prozent sind (ebd.).

Grafik 2.13 Zinsen sowie Gewinnausschüttungen und -entnahmen an die privaten Haushalte

im Jahr, in der Schweiz



Quelle: Bundesamt für Statistik, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

2.4 Die Gesamteinkommen

Die ungleiche Verteilung der Gesamteinkommen, bestehend aus Löhnen, Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit, Renten und Vermögenseinkommen hat sich in der Schweiz seit den 1990er Jahren weiter verschärft. Das folgt aus der Auswertung der Statistiken der direkten Bundessteuer³. Das einkommensstärkste Prozent der Steuerpflichtigen bezog im Jahr 2011 knapp 12 Prozent aller Einkommen. Seit Steuerdaten zur Messung der Ungleichheit zur Verfügung stehen, war die Einkommenskonzentration nur im Jahr 1939 leicht höher (vgl. Grafik 2.14).^{4,5}

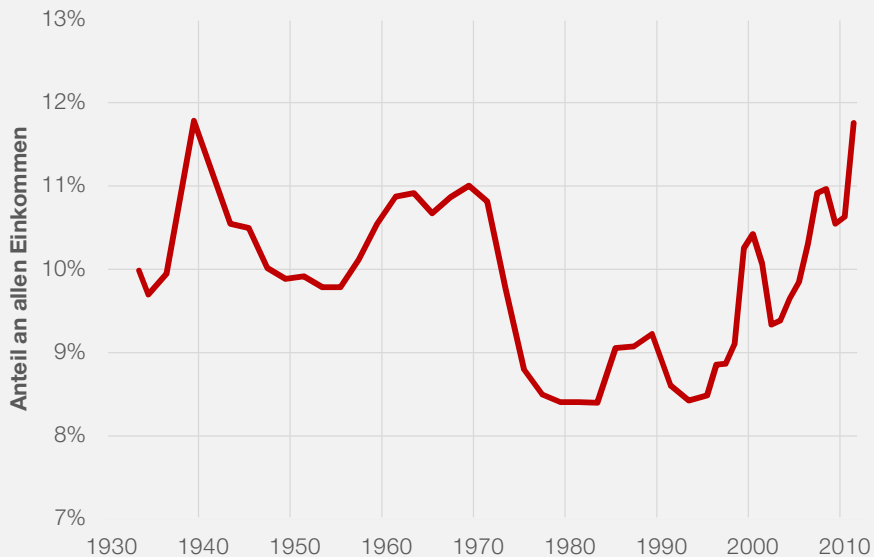
³ Die eidgenössische Steuerverwaltung publiziert jährlich die Statistik der direkten Bundessteuern. Darin enthalten sind alle in der Schweiz steuerpflichtigen Personen (Normal- und Sonderfälle) ohne die an der Quelle besteuerten AusländerInnen (GrenzgängerInnen, KünstlerInnen, KurzaufenthalterInnen etc.). Verheiratete Paare werden in der Statistik als ein Steuerpflichtiger betrachtet. Die Einkommensgrösse sind die Reineinkommen. Dabei handelt es sich um das steuerbare Einkommen, dem die pauschalen Abzüge für Kinder oder unterstützte Personen, für Versicherungsprämien und Sparzinsen und für Erwerbseinkommen des zweitverdienenden Ehegatten hinzugerechnet werden. Da mit wenigen Ausnahmen (z.B. Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen, Kapitalgewinne) auf allen Einkommen Steuern bezahlt werden müssen, gibt die Statistik gut Auskunft über die Verteilung der Gesamteinkommen.

⁴ Die hier präsentierten Auswertungen der Steuerstatistiken stammen von Dell et al. (2007) (für die Jahre 1933 bis 1997), Föllmi (für die Jahre 1998 bis 2010) sowie aus eigener Auswertung von Daten der ESTV (2014a). Schaltegger und Gorgas (2011, 2014) nehmen ähnliche Auswertungen der Steuerstatistiken vor. Sie verwenden allerdings nur Normalfälle und betrachten in ihrem Artikel von 2014 die steuerbaren Einkommen statt der Reineinkommen. Trotzdem stellen auch sie seit den 1990er Jahren einen (leichten) Anstieg der Ungleichheit fest.

⁵ Der Anstieg des Einkommensanteils des reichsten Prozents zwischen 2010 und 2011 ist womöglich in geringem Masse auf die Familiensteuerreform zurückzuführen, bei der auf 2011 die Abzüge für Kinder erhöht wurden. Steuerpflichtige mit Kindern weisen wegen dieser Reform in der Statistik tendenziell leicht tiefere Reineinkommen aus.

Grafik 2.14 Anteil des einkommensstärksten Prozents an allen Reineinkommen

Normal- und Sonderfälle berücksichtigt



Quelle: Werte 1933 bis 2010: World Top Income Database/Alvaredo et al. (2014).
Wert für 2011: Eigene Berechnung⁶ mit Daten der ESTV (2014a)

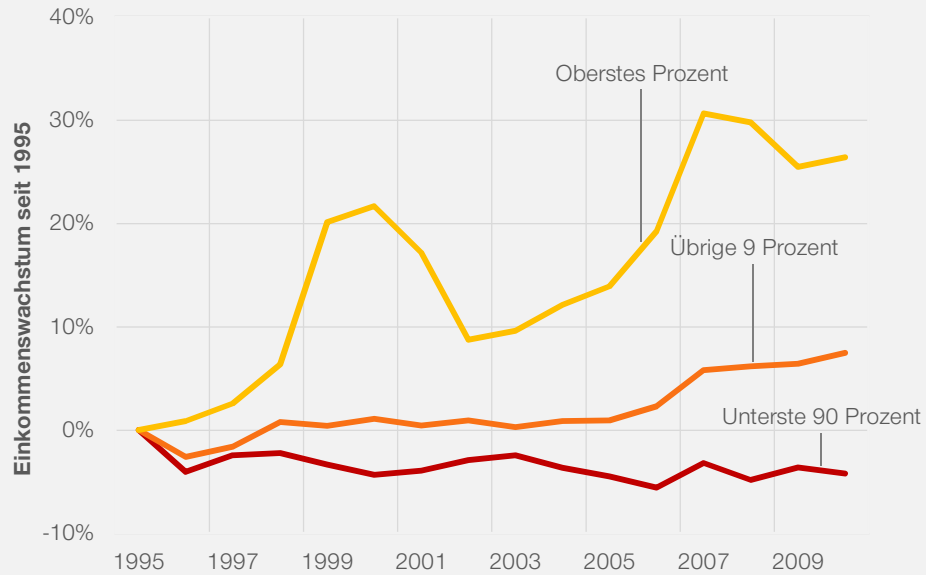
Hinter der zunehmenden Einkommenskonzentration steckt das ungleiche Wachstum der Einkommen. Wie die Grafik 2.15 deutlich macht, sind die mittleren Einkommen des einkommensstärksten Prozents teuerungsbereinigt viel stärker gestiegen als die Einkommen der übrigen Steuerpflichtigen. Das durchschnittliche Einkommen der einkommensschwächeren 90 Prozent der Steuerpflichtigen hat dagegen in den 2000er Jahren stagniert.

Diese einseitige Entwicklung ist wiederum direkte Folge der oben besprochenen sich öffnenden Lohnschere und Konzentration der Vermögenseinkommen (vgl. auch Föllmi und Martinez 2012). Allerdings nicht nur: Gerade die Stagnation des Durchschnittseinkommens der untersten 90 Prozent dürfte auch der Alterung der Gesellschaft und der Veränderung der Familienstrukturen geschuldet sein. Auf der einen Seite führt die Alterung dazu, dass es mehr RentnerInnen gibt, deren Einkommen im Vergleich zur Erwerbsbevölkerung nicht nur tiefer ausfallen und langsamer wachsen, sondern auch ungleicher verteilt sind. Auf der anderen Seite gibt es heute weniger Verheiratete im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung als noch in den 1990er Jahren. Da in der Statistik Ehepaare als ein Steuerpflichtiger gelten und sie gemeinsam durchschnittlich höhere Einkommen erzielen als Einzelpersonen, zieht der Rückgang von Ehen tiefere Durchschnittseinkommen nach sich.

⁶ Im Gegensatz zur World Top Income Database (WTID) hat die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) den Anteil des einkommensstärksten Prozents für 2011 bereits publiziert. Da die Reihen der WTID und der ESTV eine geringe Differenz aufweisen, wurde der ESTV-Wert für 2011 mit dem durchschnittlichen Unterschied der Reihen zwischen 2003 und 2010 korrigiert, um einen genäherten Anteil für 2011 für die WTID-Reihe zu erhalten.

Grafik 2.15 Wachstum der Reineinkommen nach Einkommensklassen seit 1995

Teuerungsbereinigt, basierend auf Statistik der direkten Bundessteuern (mit Normal- und Sonderfällen)



Quelle: Eigene Berechnung mit Daten der World Top Income Database/Alvaredo et al. (2014)

3 Die Einkommensverteilung nach Steuern und Abgaben

Wie viel vom Einkommen zum Leben bleibt, hängt von den obligatorischen Abgaben wie Steuern oder Krankenkassenprämien genauso ab wie von staatlichen Transfers wie AHV-Renten oder Prämienverbilligungen. Für die Höhe des frei verfügbaren Einkommens spielen ausserdem längerfristig gebundene Ausgaben wie die Mieten eine Rolle.

Der folgenden Abschnitt geht deshalb der Frage nach, wie die unterschiedlichen Einkommen durch Steuern und Transfers be- und entlastet werden, und welche Auswirkungen das auf die Verteilung der Einkommen hat. Dazu wird in einem ersten Schritt die Belastung der Einkommen diskutiert, die mit den offiziellen Steuer- und Abgabentarifen geschätzt wurde. Dieses Verfahren wurde gewählt, weil es verlässlichere Aussagen zulässt als Analysen auf Basis von Haushaltsbefragungen. In einem zweiten Schritt werden aber auch Resultate von Haushaltsbefragungen besprochen. Dies erlaubt eine bessere Einschätzung und einen internationalen Vergleich.

3.1 Die Belastung der Haushalte durch Steuern- und Abgaben

Um die Belastung der Haushalte⁷ durch Steuern und Abgaben zu schätzen, wurden für unterschiedliche Löhne anhand der durchschnittlichen Tarife in der Schweiz die folgenden obligatorischen Abgaben beziehungsweise Transfers berechnet⁸:

- Sozialversicherungsbeiträge (AHV/IV/EO, Arbeitslosenversicherung, Nichtberufsunfallversicherung, obligatorische Pensionskassenbeiträge)
- Einkommenssteuern (Direkte Bundes-, Kantons-, Gemeinde- und Kirchensteuer)
- Krankenkassenprämien abzüglich der Prämienverbilligungen
- Familienzulagen
- Indirekte Steuern (Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer, Tabak-, Bier-, und Alkoholsteuer) und Gebühren

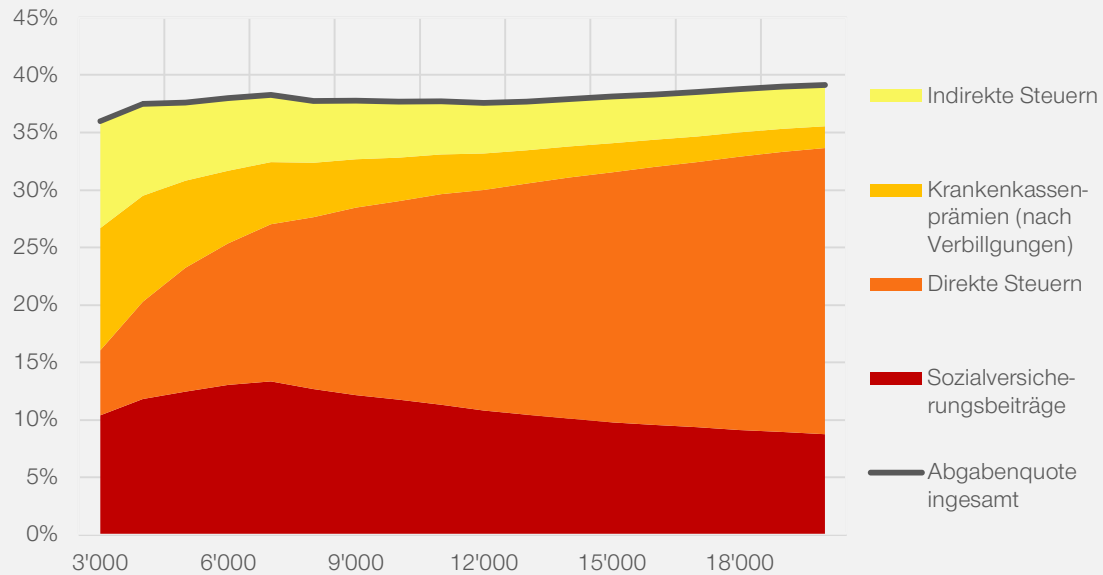
Für die Untersuchung der Verteilungswirkung setzen wir hier die jeweilige Belastung ins Verhältnis zum Einkommen. Bei den Alleinstehenden fällt sofort auf, dass die tiefen und mittleren Einkommen fast genau gleich stark belastet werden wie die höchsten Einkommen (vgl. Grafik 3.1). Eine alleinstehende Person, die 3'000 Franken pro Monat verdient, gibt über ein Drittel ihres Einkommens für Steuern und Abgaben aus – fast gleich viel wie jemand mit 20'000 Franken pro Monat. Für diese konstante Belastung im Verhältnis zum Einkommen sind vor allem die Krankenkassenprämien (nach Prämienverbilligung) und Sozialversicherungsbeiträge sowie in geringerem Ausmass die indirekten Steuern verantwortlich. Sie alle wirken insgesamt degressiv, belasten also die tieferen Einkommen im Verhältnis zum Einkommen stärker als die hohen. Damit heben sie letztlich die progressive Wirkung der direkten Steuern auf.

⁷ Die Belastung wurde für Arbeitnehmendenhaushalte berechnet, deren Einkommen vollständig aus Löhnen stammt. Da sich bei Einkommen aus selbständigem Erwerb und Vermögenseinkommen einzig die Sozialversicherungsbeiträge unterscheiden, können die hier präsentierten Berechnungen auch als Näherung für die gesamten Einkommen der Erwerbshaushalte betrachtet werden.

⁸ Vgl. Methodenanhang für eine ausführlichere Besprechung des Vorgehens.

Grafik 3.1 Belastung der Haushalte durch Steuern- und Abgaben

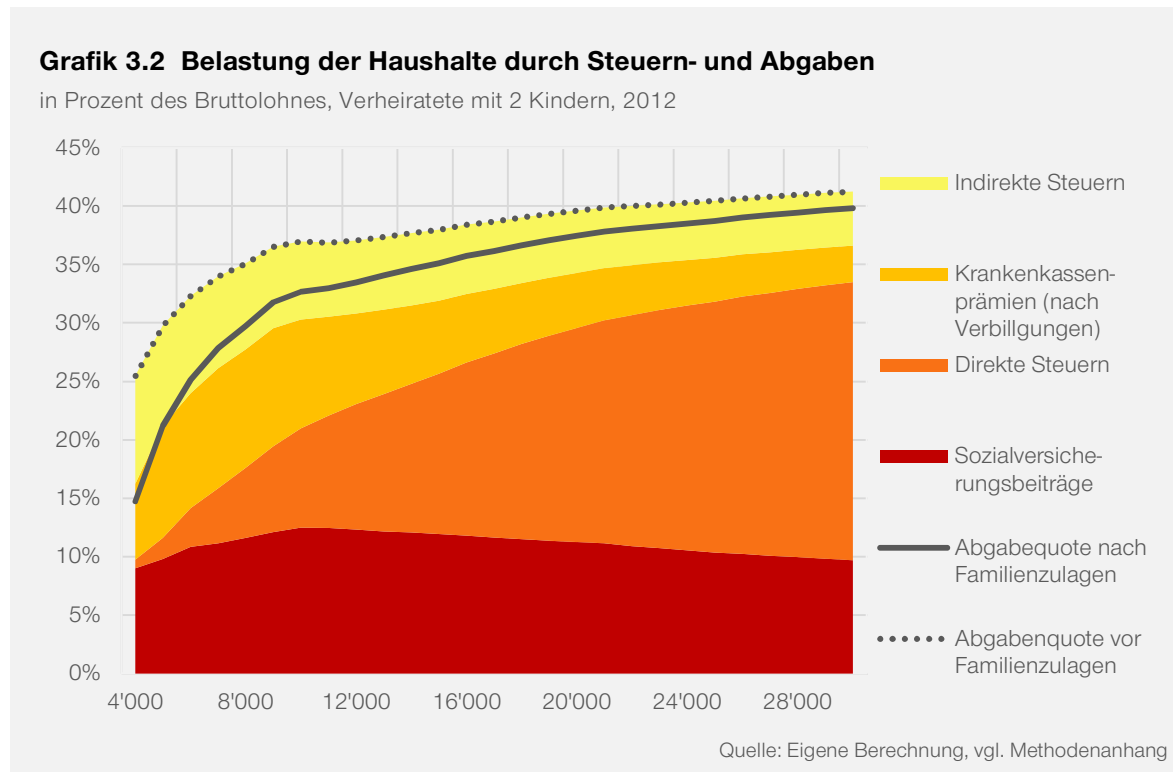
in Prozent des Bruttolohnes, Alleinstehende, 2012



Quelle: Eigene Berechnung, vgl. Methodenanhang

Bei Paarhaushalten mit zwei Kindern sieht die Situation ein wenig besser aus (vgl. Grafik 3.2). Dank den Familienzulagen sowie der im Vergleich zu den Alleinstehenden stärkeren Steuerprogression und höheren Prämienverbilligungen werden die unteren Einkommen etwas weniger stark belastet als die hohen Einkommen. Allerdings findet sich der stärkste Anstieg der Belastung bei den untersten Einkommen zwischen 4'000 und 8'000 Franken und damit in einem Bereich, in dem es nur wenige Paarhaushalte mit Kindern gibt (rund 20 Prozent nach HABE). Bei der grossen Mehrheit der Familienhaushalte nimmt die Belastung der höheren Einkommen nur noch langsam zu⁹.

⁹ Die Auswertung der Haushaltsbudgeterhebung (BFS 2012: 15f.) zeigt eine noch schwächere Progression durch Steuern und Abgaben. Ursachen sein für die abweichenden Resultate können neben den Datenproblemen bei der HABE (vgl. nächster Abschnitt 3.2) u.a. eine andere Definition der Bruttoeinkommen (Prämienverbilligungen, Kinderzulagen sind bei der HABE bereits darin eingerechnet), die Steuerabzüge (die Modellrechnung berücksichtigt nur allgemeine Abzüge; die HABE auch individuelle) oder die Zusammensetzung der Haushalte (die Modellrechnung geht immer von 2 Kindern aus).



3.2 Die Veränderung der Steuern und Abgaben nach Lohnhöhe

Die Analyse zeigt, dass der Staat die höheren Einkommen kaum stärker belastet als die tieferen. Dafür verantwortlich ist die Politik, insbesondere diejenige der letzten 10 Jahre. Das zeigt die Veränderung der Steuer- und Abgabentarife sowie der Krankenkassenprämien (abzüglich Prämienverbilligung) zwischen 2002 und 2012. Wie auf Grafik 3.3 und 3.4 zu sehen ist, belasten die Krankenkassenprämien heute alle Lohnklassen stärker. Die Prämienverbilligungen konnten diese Entwicklung nur teilweise abfedern, weil sie deutlich weniger stark stiegen als die Prämien (vgl. Grafik 3.5). Zwischen 2002 und 2012 sank zwar gleichzeitig die Belastung durch die übrigen obligatorischen Abgaben (Sozialversicherungsbeiträge, direkte Steuern, indirekte Steuern und Gebühren) insgesamt für alle Einkommen. Diese Entlastung war jedoch stark getrieben durch die Senkung der direkten Steuern und fiel deshalb sehr ungleich aus. Nur bei den höchsten Löhnen war sie grösser als der Prämienanstieg. Unter dem Strich bedeutet das, dass die Politik die obersten Löhne insgesamt entlastete, alle anderen dagegen weiter belastete.

Grafik 3.3 Be- und Entlastung Alleinstehender durch die Steuer- und Abgabepolitik

nach Lohnklasse, zwischen 2002 und 2012, in Franken von 2012, pro Monat

Lohnklasse	Belastung durch höhere Kranken- kassenprämien (nach Verbilligungen)	Be-/Entlastung bei Sozialversicherungs- beiträgen, direkten u. indirekten Steuern sowie Gebühren	=	Belastung/ Entlastung
Unterste 10%	+120.-	+10.-	=	+130.-
Mittlere Löhne	+130.-	+10.-	=	+140.-
Oberste 10%	+130.-	-50.-	=	+80.-
Oberstes 1%	+130.-	-180.-	=	-50.-

Quelle: Eigene Berechnungen, vgl. Methodenanhang

Grafik 3.4 Be- und Entlastung von Familien durch die Steuer- und Abgabepolitik

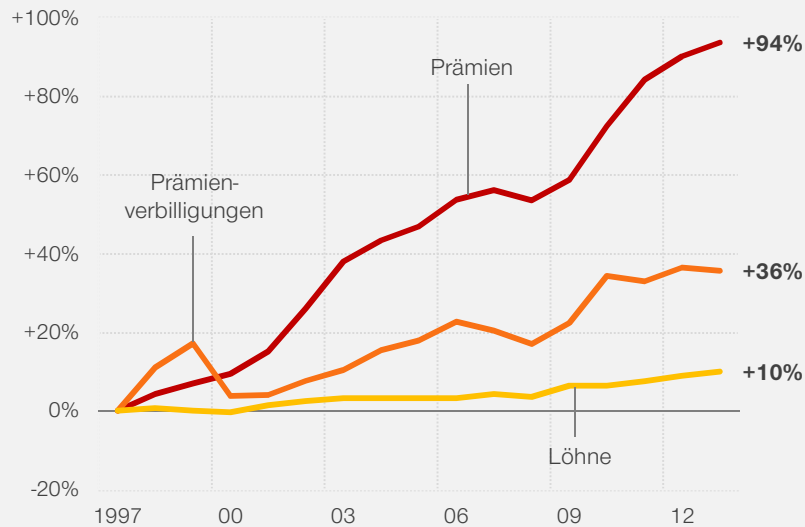
Ehepaar mit zwei Kindern nach Lohnklasse, zwischen 2002 und 2012, in Franken von 2012, pro Monat

Lohnklasse	Belastung durch höhere Kranken- kassenprämien (nach Verbilligungen)	Be-/Entlastung bei Sozialversicherungs- beiträgen, direkten u. indirekten Steuern sowie Gebühren	=	Belastung/ Entlastung
Unterste 10%	+250.-	-80.-	=	+170.-
Mittlere Löhne	+280.-	-170.-	=	+110.-
Oberste 10%	+300.-	-290.-	=	+10.-
Oberstes 1%	+300.-	-450.-	=	-150.-

Quelle: Eigene Berechnungen, vgl. Methodenanhang

Grafik 3.5 Wachstum der Prämien, Prämienverbilligungen pro Kopf und Löhne

preisbereinigt, ohne Prämienverbilligungen zu Ergänzungsleistungen bzw. Sozialhilfe, gesamtschweizerische Durchschnitte, 1997 bis 2013



Quelle: BAG, BFS, Eigene Berechnungen, vgl. Lampart et al. 2015

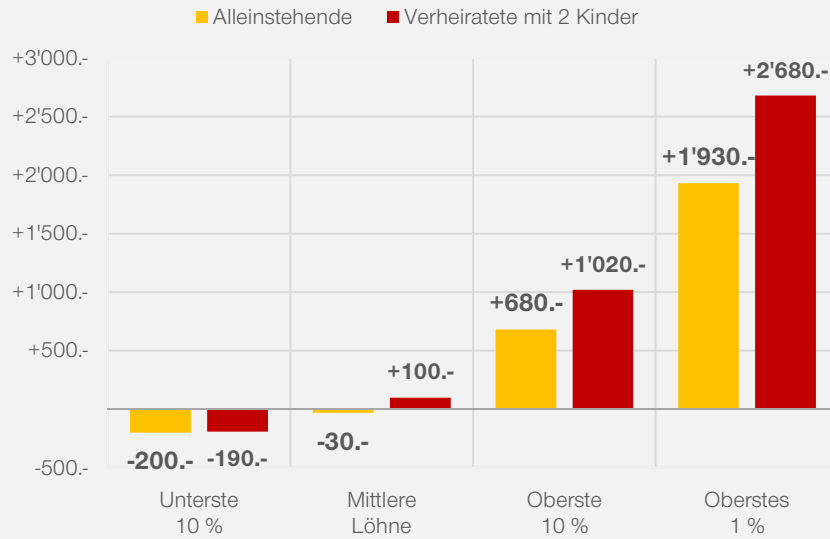
Bei den tiefen und mittleren Löhnen machte diese Steuer- und Abgabepolitik die bescheidenen Lohnfortschritte (vgl. Abschnitt 1.1) weitgehend zunichte. Das steht im Gegensatz zum obersten Prozent. Dieses profitierte von kräftigen Lohnsteigerungen und die Spitzenverdiener müssen dank grosszügiger Steuersenkungen heute erst noch weniger obligatorische Abgaben bezahlen als noch vor 10 Jahren. Letztlich entlastete die Politik also diejenigen, die Steuersenkungen am wenigsten nötig hatten, und belastete alle anderen stärker – also diejenigen, die einen grösseren finanziellen Spielraum gut hätten gebrauchen können.

Die Situation verschärft sich weiter, wenn zusätzlich die (durchschnittlichen) Mieten berücksichtigt werden. Diese sind nämlich stark gestiegen, insbesondere in den Zentren und Agglomerationen. Im gesamtschweizerischen Durchschnitt legten sie zwischen 2002 und 2012 um 16 Prozent zu (vgl. BFS 2014b). Das bedeutet für Familienhaushalte mit mittlerem Lohn 270 Franken Mehrausgaben/Monat und bei Alleinstehenden mit mittlerem Lohn 90 Franken mehr. Dieser Anstieg hat das, was von den Lohnerhöhungen bleibt, weiter geschmälert. Den mittleren Einkommen beispielsweise blieb 2012 nach obligatorischen Abgaben und Mieten nicht mehr zum Leben als 10 Jahre zuvor (vgl. Grafik 3.6). Bei den 10 tiefsten Einkommensprozent resultiert sogar ein negativer Gesamteffekt: Diese Haushalte müssen heute im Durchschnitt mit weniger frei verfügbarem Einkommen auskommen.

Auch beim Mietanstieg trägt die Politik Mitverantwortung. Sie hat es versäumt, für günstigen Wohnraum zu sorgen und mit einem breiteren Angebot den Aufwärtsdruck bei den Mieten zu stoppen. Das zeigt sich nicht zuletzt daran, dass Bund, Kantone und Gemeinden ihre Beiträge an den gemeinnützigen Wohnbau seit den 1990er Jahren mehr als halbiert haben (gemessen an den Gesamtausgaben, vgl. Grafik 3.7).

Grafik 3.6 Veränderung der verfügbaren Einkommen nach Mieten, 2002 bis 2012

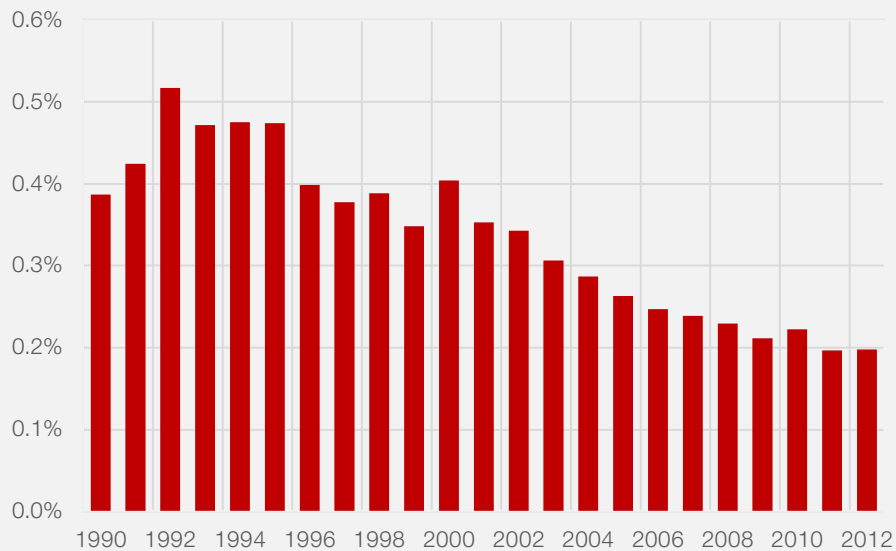
pro Monat nach Lohnklassen, in Franken von 2012



Quelle: Berechnungen SGB, vgl. Methodenanhang

Grafik 3.7 Öffentliche Beiträge an den gemeinnützigen Wohnungsbau

Ausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden, in Prozent der Gesamtausgaben



Quelle: Eigene Berechnungen mit Daten der Eidgenössische Finanzverwaltung EFV (2014)

3.3 Die Verteilung, gemessen mit Haushaltsbefragungen

Die bisher präsentierten Resultate zeigen: Die Ungleichheit der Einkommen hat zugenommen, unabhängig davon, ob man die obligatorischen Abgaben einberechnet. Dieses Resultat unterscheidet sich von Untersuchungen, die auf Haushaltsbefragungen beruhen (BFS 2012, 2013 und 2014c, Grabka und Kuhn 2012, Morelli, Smeeding und Tompson 2014). Sie kommen zum Ergebnis, dass sich die Verteilung der Einkommen seit Ende der 1990er Jahre kaum verändert hat – vor und nach Steuern und Transfers¹⁰, sowohl bei den Haushalten im Erwerbsalter als auch in der Gesamtbevölkerung –. Allerdings zeigen auch Haushaltsdaten eine Zunahme der Belastung durch obligatorische Abgaben (BFS 2014c).

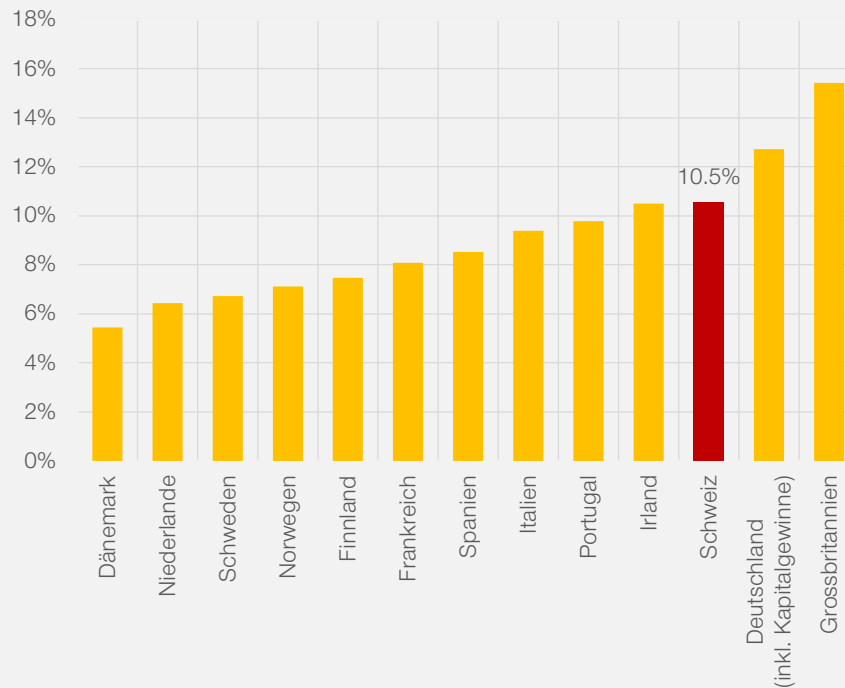
Wie sind diese Unterschiede zu erklären? Zunächst einmal mit der Qualität der Umfragedaten. Die in den Studien verwendete Haushaltsbudgeterhebung (HABE), das Schweizerische Haushaltspanel (SHP), die Statistics on Income and Living Conditions (SILC) und die Luxemburg Income Studies beruhen alle auf der telefonischen oder schriftlichen Befragung einer Stichprobe von Haushalten. Das führt dazu, dass die Verteilung nicht repräsentativ abgebildet werden kann.

- Die Stichproben umfassen zwangsläufig eine beschränkte Anzahl von Beobachtungen. Bei der HABE sind es beispielsweise für eine dreijährige Beobachtungsperiode 9000 bis 11'000 Haushalte. Das sind rund 0.4 Prozent aller Haushalte in der Schweiz. Während schweizerische Mittelwerte mit einer solchen Stichprobe durchaus angenähert werden können, liegen zu wenige Beobachtungen vor, um die gesamte Verteilung, insbesondere diejenige an den Rändern, verlässlich wiedergeben zu können.
- Gerade am oberen Ende der Verteilung, bei den einkommensstärksten Haushalten, sind die Einkommen sehr ungleich verteilt. Das zeigen Untersuchungen mit Hilfe von Steuerdaten (vgl. Alvaredo et al. 2014, Föllmi und Martinez 2013). Um die Einkommensverteilung genau abzubilden, müssen viele Beobachtungen dieser Einkommen vorliegen. In den beschränkten Stichproben ist das nicht der Fall. Extrastichproben für die Spitzeneinkommen werden nicht erhoben. Die hohen Einkommen sind deshalb in den Haushaltsdaten ungenügend vertreten. Das unterschätzt die Ungleichheit – gerade in der Schweiz, wo das oberste Prozent im Vergleich zu anderen kontinentaleuropäischen Ländern einen grossen Anteil des Gesamteinkommens auf sich vereint (vgl. Grafik 3.8).

¹⁰ Das Einkommen nach obligatorischen Abgaben wie Sozialversicherungsbeiträgen, direkten Steuern und Krankenkassenprämien und Transfers wie z.B. Renten, Prämienverbilligungen, Familienzulagen oder Sozialhilfe wird als „verfügbares Einkommen“ bezeichnet.

Grafik 3.8 Anteil des obersten Prozents an allen Einkommen

2009 (bis auf Portugal: 2005 und Deutschland: 2007), Kapitalgewinne nur für Deutschland berücksichtigt



Quelle: World Top Income Database/Alvaredo et al. 2014

- Haushalte mit tiefen Einkommen nehmen an den Umfragen seltener teil, solche mit hohen noch weniger oft (vgl. Korinek et al. 2006, Bethlehem et al. 2011). Die Einkommensgruppen an den oberen und unteren Rändern können oder wollen sich den zeitlichen Aufwand für die Befragung oftmals nicht leisten, können schwieriger erreicht werden oder sind schlicht weniger bereit, über ihre finanzielle Situation Auskunft zu geben. Das führt zu einer Übervertretung der mittleren Einkommen und einer Unterschätzung der Ungleichheit. Gerade bei der (zeitaufwändigen) HABE dürfte das ein Problem sein. Denn nur 35 Prozent der Haushalte, die angefragt werden, nehmen auch an der Befragung teil. Die Chance, dass unter den 65 Prozent Nicht-TeilnehmerInnen tiefe und hohe Einkommen übervertreten sind und dies zu einer Verzerrung der Resultate beiträgt, ist sehr gross.
- Schliesslich kommt hinzu, dass die Haushalte die Fragebogen nicht immer wahrheitsgetreu beantworten. Sie über- oder unterschätzen teilweise ihre Einkommensverhältnisse, weil sie sie nicht preisgeben wollen, sich vor den Interviewern keine Blöße geben möchten, sie ihre Einnahmen und Ausgaben nicht im Detail auswendig kennen oder es schlicht als zu mühsam erachten, detailliert Auskunft zu geben.

Neben der mangelnden Datenqualität können auch folgende Gründe zu den Unterschieden beitragen:

- Die Haushalte mit tieferen und mittleren Einkommen könnten das schwache Lohnwachstum und die gestiegene Abgabenlast mit Mehrarbeit abgedeckt haben. Damit könnten sie auch verhindert haben, dass sie von den Besserverdienenden abhängt wurden. Somit wäre in den Studien mit Haushaltsdaten, welche die Einkommen unabhängig von der Arbeitszeit messen,

kein Anstieg der Ungleichheit festzustellen. Ebenso könnte die Veränderung der Haushaltsstrukturen (weniger Kinder, mehr Alleinerziehende und RentnerInnen) einen insgesamt ausgleichenden Einfluss auf die Verteilung der Einkommen gehabt haben (vgl. Fussnote 12 im Abschnitt 3.4).

- In den Auswertungen der Haushaltsdaten reduzieren die zunehmend ausbezahlten Pensionskassenrenten die Ungleichheit bei den Einkommen nach Abgaben und Transfers. Weil die Pensionskassenbeiträge im Erwerbsleben obligatorische Abzüge sind, werden die späteren Rentenzahlungen in den Statistiken als „staatliche Transfers“ betrachtet, die das verfügbare Einkommen der RentnerInnen erhöhen. Das ist problematisch. Denn bei diesen Renten handelt es sich nicht um staatlich umverteiltes Einkommen, sondern um einen Ertrag aus individuell angespartem Kapital. Caminada et al. (2008) zeigen, dass in der Schweiz die Ungleichheit durch Transfers – worunter die besagten Renten fallen – verringert wurde und im Gegenzug über Steuern gestiegen ist.
- Die Studien auf Basis der Haushaltsdaten berücksichtigen im Gegensatz zu den Berechnungen auf Grund der Steuer- und Abgabentarife die indirekten Steuern und Gebühren nicht mit. Da diese degressive wirken, resultiert bei den Haushaltsdaten eine tiefere Ungleichheit. Allerdings war der Verteilungseffekt der höheren indirekten Steuern und Gebühren in den letzten 10 Jahren zu gering, um den Grossteil der Differenz zu erklären.

3.4 Die Verteilung der verfügbaren Einkommen im internationalen Vergleich

Die Schweiz befindet sich bei der Einkommensverteilung nach Steuern und Transfers im internationalen Mittelfeld. Das geht aus der Grafik 3.7 hervor, welche den auf Basis der Haushaltsbefragung SILC berechneten Gini-Index¹¹ für die Erwerbsbevölkerung in europäischen Staaten zeigt. Die Schweiz müsste angesichts der vorteilhaften Bedingungen aber eigentlich viel besser dastehen. Denn die Lohnverteilung ist im internationalen Vergleich hierzulande nicht sehr ungleich, selbst wenn sie in den letzten Jahren ungleicher wurde. Überdies zeichnet sich die Schweiz durch weitere Eigenschaften aus, die verhindern, dass sich allzu grosse Gräben zwischen den Haushalten öffnen¹²: Die (Frauen-)Beschäftigung ist vergleichsweise hoch, nur wenige Haushalte haben kein Erwerbseinkommen, es gibt nicht viele alleinerziehende Eltern und die über 65jährigen machen im Vergleich zu anderen europäischen Ländern einen geringeren Anteil der Bevölkerung aus.

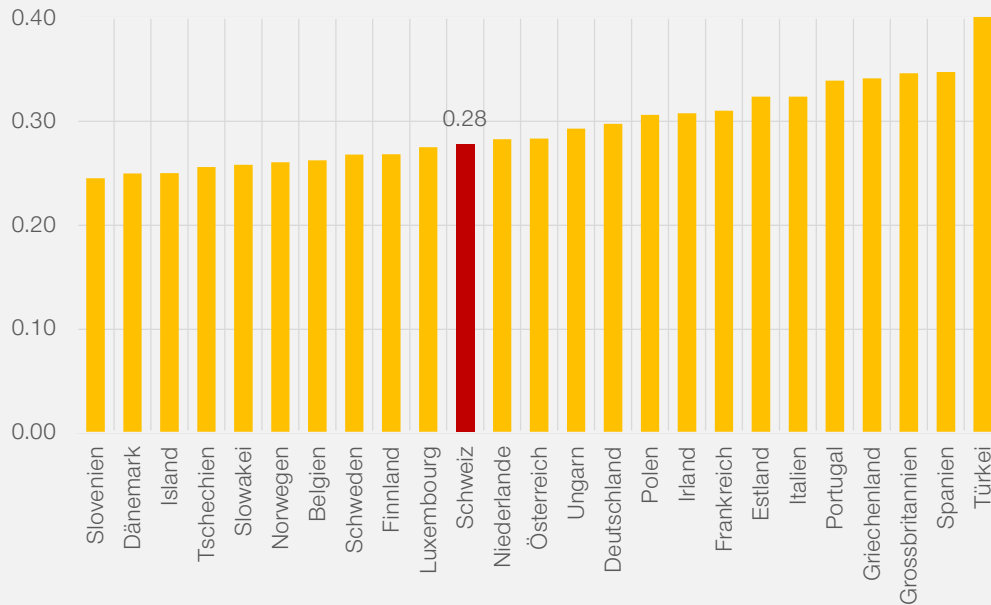
Weil sie die Ungleichheit über Steuern und Transfers kaum verkleinert, nimmt die Schweiz aber trotzdem nur eine Platzierung im Mittelfeld ein. Das wird in der Grafik 3.10 deutlich. Sie zeigt, wie Steuern und Transfers den Gini-Index für die Erwerbsbevölkerung verringern. In Europa fällt die Verringerung in keinem Land kleiner aus als in der Schweiz. Sprich: Kein Staat verteilt bei der Erwerbsbevölkerung weniger um als der hiesige.

¹¹ Der Gini-Index misst die Ungleichheit. Er nimmt den Wert 1 an, wenn ein Haushalt alles Einkommen bezieht, und beträgt 0, wenn alle Haushalte das gleiche Einkommen erzielen.

¹² Vergleiche zu den Einflussfaktoren auf die Einkommensungleichheit von Haushalten: Kenworthy und Pontusson 2005, Albrecht und Albrecht 2007, Kenworthy 2007, OECD 2011 (Kapitel 3 bis 6), Grabka und Kuhn 2012 sowie Huber und Stephens 2014.

Grafik 3.9 Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen in Europa

Gini-Index, Erwerbsbevölkerung, äquivalenzbereinigt, 2011

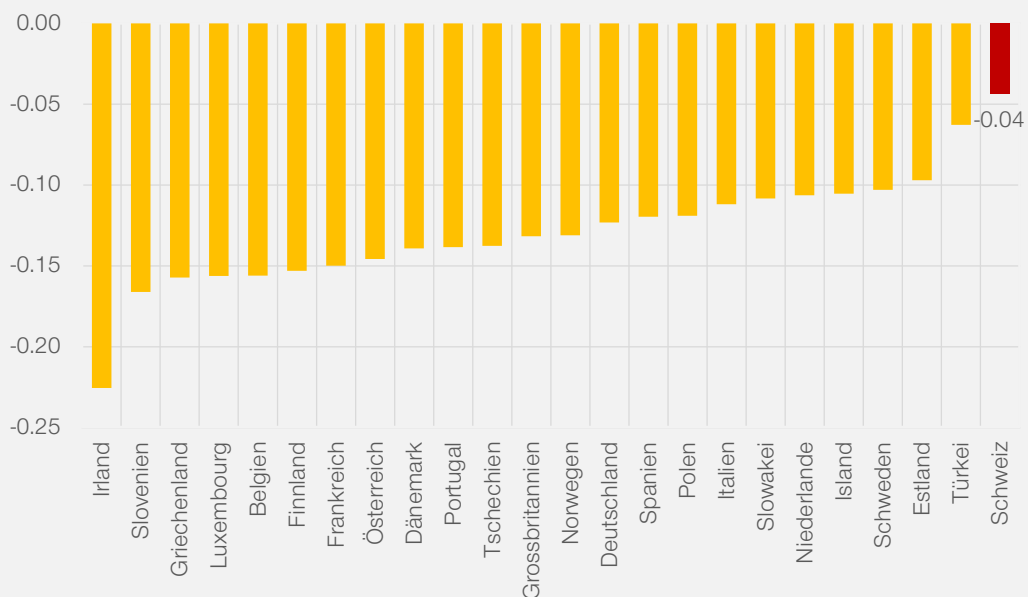


Quelle: OECD/EU-SILC

Grafik 3.10 Verringerung der Ungleichheit durch Steuern und Transfers

Differenz zwischen den Gini-Indizes der Einkommen vor und nach Steuern und Transfers, Erwerbsbevölkerung, äquivalenzbereinigt, 2011

Lelesebeispiel: In der Schweiz wird die Ungleichheit durch Steuern und Transfers gemessen am Gini-Index um 0.04 verkleinert.



Quelle: OECD/EU-SILC

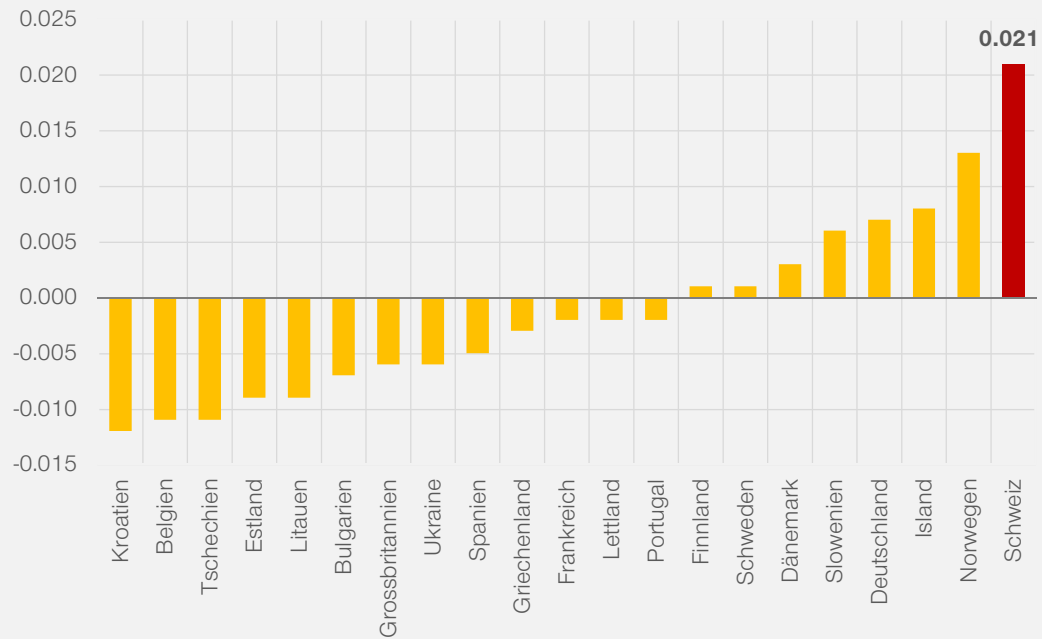
Am stärksten baut das Rentensystem die Ungleichheit in der Schweiz ab (BFS 2012:18ff, 24ff. und 2013: 2-4). Dafür ist hauptsächlich die AHV verantwortlich. Sie verringert einerseits die Kluft zwischen den RentnerInnen und der Erwerbsbevölkerung, da letztere mit ihren Beiträgen die Renten finanzieren. Andererseits führt sie zu einer gleicheren Verteilung unter den RentnerInnen selbst, weil die Maximalrente nur doppelt so hoch ist wie die Minimalrente. Statistisch verringert das Rentensystem aber auch wegen der Pensionskassen die Ungleichheit. Das liegt wie oben bereits ausgeführt daran, dass die Pensionskassenrenten in den Statistiken als staatliche Transfers betrachtet werden.

Abgesehen von den Renten wird die Ungleichheit aber kaum gemildert. Die Ursache liegt im Steuer- und Abgabensystem in der Schweiz. Wie schon in Abschnitt 3.1 zu sehen war, steigt die Belastung durch Steuern und Abgaben im Verhältnis zum Einkommen bei Haushalten mit Kindern nur leicht und bei solchen ohne Kindern kaum. Alle Haushalte werden also ähnlich belastet, weshalb die bestehende Ungleichheit nur geringfügig ausgeglichen wird. Die schwache Umverteilung liegt allerdings nicht hauptsächlich an den direkten Steuern. Die Steuern in der Schweiz gehören zwar nicht zu den progressivsten in Europa (vgl. Joumard et al. 2012, OECD 2014) und die durchschnittlichen Steuern in der Schweiz fallen bei den höchsten Einkommen sogar degressiv aus, wofür der Steuerföderalismus verantwortlich ist, beziehungsweise die Häufung der höchsten Einkommen in Tiefsteuerkantonen mit schwacher Progression (vgl. Roller und Schmidheiny 2014). Dennoch werden die höheren Einkommen tendenziell stärker belastet. Die Ungleichheit würde also reduziert, würden nur direkte Steuern erhoben. Der nur schwache Umverteilungseffekt rührt vielmehr von den Sozialversicherungsbeiträgen und Krankenkassenprämien her. Insbesondere die Kopfprämien bei der Krankenversicherung belasten die tiefen Einkommen stärker als die hohen – selbst nach Verbilligungen (vgl. auch Crivelli und Salari 2014). Grafik 3.11 bildet ab, wie sich die Verteilung der Einkommen vor der Finanzierung des Gesundheitswesens im Vergleich zu danach verändert. Neben den Prämien werden darin auch die Steuern, die zur Finanzierung des Gesundheitswesens, sowie die Selbstbehalte für Gesundheitsleistungen berücksichtigt. Tatsächlich steigert die Finanzierung des Gesundheitswesens die Ungleichheit. Diese degressive Wirkung ist so stark, dass die Schweiz damit in Europa eine Spitzenposition belegt.

Grafik 3.11 Veränderung der Ungleichheit durch die Finanzierung des Gesundheitswesens

Differenz zwischen den Gini-Indizes der Einkommen vor und nach den Ausgaben zur Finanzierung des Gesundheitswesens (Prämien, Steuern, Selbstbehalte), Ende 1990er-Jahre

Lesebeispiel: In der Schweiz wird die Ungleichheit durch die Finanzierung des Gesundheitswesens gemessen am Gini-Index um 0.021 vergrössert.



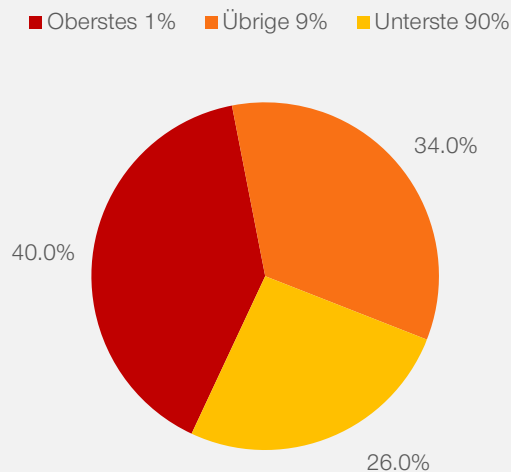
Quelle: WHO/Murray et al. (2003: 521)

4 Die Vermögensverteilung

Noch viel ungleicher als die Einkommen sind die Vermögen in der Schweiz verteilt. Das zeigen die Auswertungen¹³ der gesamtschweizerischen Vermögensstatistik, die auf den versteuerten Vermögen in der Schweiz beruht. Da die Steuerveranlagungen verzögert erfolgen, stammen die aktuellsten Daten aus dem Jahr 2011. Damals besass das reichste Prozent alle Steuerpflichtigen 40 Prozent des gesamten steuerbaren Reinvermögens¹⁴ (vgl. Grafik 4.1). Das waren 590 Milliarden Franken und damit deutlich mehr als das, was sich die untersten 90 Prozenten teilten. Auf sie entfielen 384 Milliarden oder 26 Prozent aller Vermögen. Mit dieser schiefen Verteilung gehört die Schweiz zu den ungleichsten entwickelten Ländern der Welt. Nur in den USA und Hong Kong besitzen die Reichsten noch mehr vom Gesamtvermögen (Credit Suisse 2014a: 30, 33).

Grafik 4.1 Anteile am Reinvermögen

2011



Quelle: Eigene Berechnungen mit Daten der Eidgenössischen Steuerverwaltung (2014b), vgl. Methodenanhang

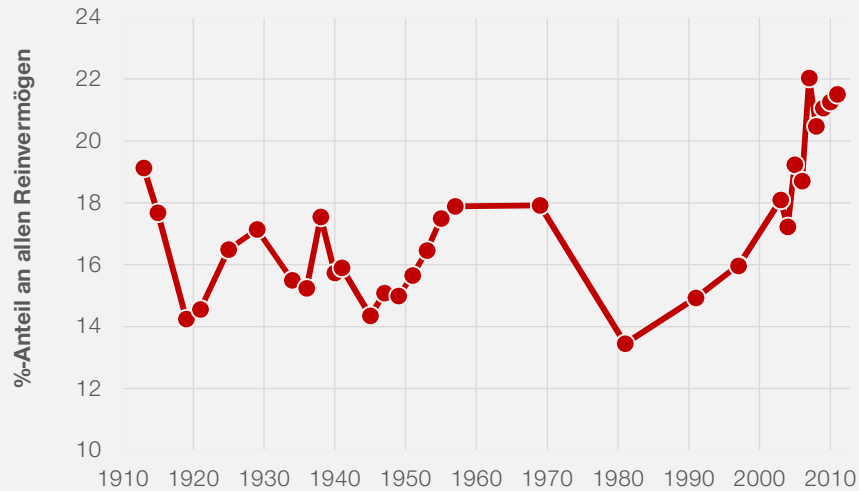
Seit Steuerdaten zur Messung der Ungleichheit zur Verfügung stehen, hatte die Schweiz stets eine sehr ungleiche Vermögensverteilung. Trotzdem nimmt diese seit den 1980er-Jahren weiter zu. Die reichsten 0.1 Prozent (zuletzt rund 5000 Steuerpflichtige) vereinen einen immer grösseren Anteil aller Vermögen auf sich (vgl. Grafik 4.2). Er war mit Ausnahme des Vorkrisenjahrs 2007 nie grösser als 2011. Selbst in der stark von sozialen Konflikten geprägten Zeit um den Ersten Weltkrieg war er kleiner.

¹³ Vgl. Methodenanhang.

¹⁴ Das Reinvermögen entspricht allen steuerbaren Vermögenswerten abzüglich der Schulden. Steuerbare Vermögenswerte sind Geld-, Wertschriften-, Immobilien- und Grundbesitz, aber auch der Besitz einzelner weiterer Wertgegenstände (wie bspw. Autos oder Kunst- und Schmuckgegenstände). Nicht steuerpflichtig sind Rentenansprüche aus der beruflichen Vorsorge (2. Säule), der gebundenen Selbstvorsorge (3. Säule) und der Hausrat. Sie sind deshalb in der Statistik nicht berücksichtigt. Immobilien werden zudem nach einem geschätzten Verkehrswert erfasst. Dieser liegt in der Regel unter dem tatsächlich erzielbaren Marktwert, wodurch die Immobilienvermögen unterschätzt werden.

Grafik 4.2 Anteil der reichsten 0.1 Prozent an allen Reinvermögen

1913 bis 2011



Quelle: 1913-1997: Dell et al. 2007, 2003-2011: Eigene Berechnungen, vgl. Methodenanhang

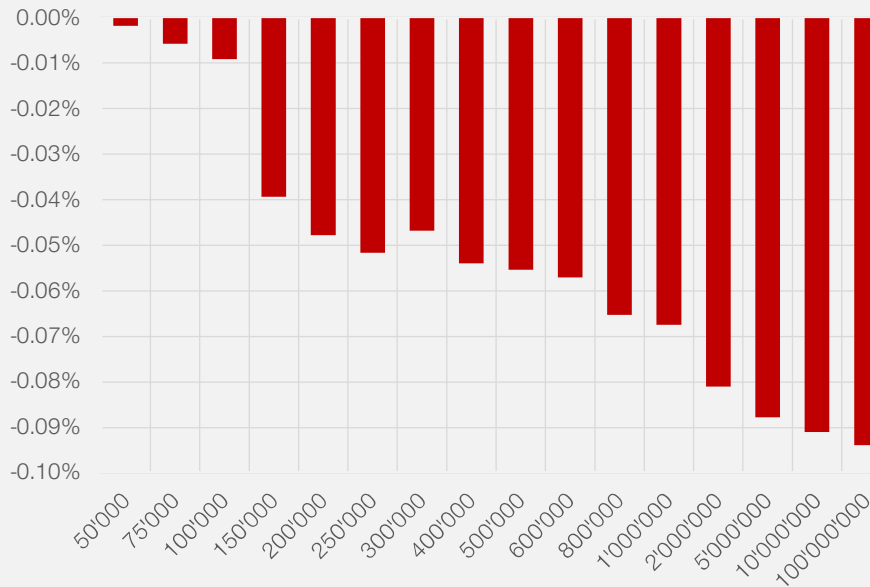
4.1 Tiefe Steuern und hohe Erbschaften für Superreiche

Weshalb hat die Schweiz eine solch ungleiche Vermögensverteilung? Eine Ursache wird darin gesehen, dass die Schweiz im Gegensatz zu anderen Ländern nie begann, die hohen Einkommen, Vermögen und Erbschaften stark zu besteuern – selbst nach den Weltkriegen nicht (Dell et al. 2007: 498, Roine und Waldenström 2014: 71ff.). Die grossen Vermögen bleiben dadurch nicht nur zu Lebzeiten ihrer Besitzer weitgehend unangetastet. Sie können auch von einer Generation zur nächsten grösstenteils weitervererbt werden, womit sich die Ungleichheit längerfristig festigt. Das verdeutlicht auch die aktuellste Statistik zu Erbschaften in der Schweiz aus dem Jahr 2000, als insgesamt 28.5 Milliarden Franken vererbt wurden (Stutz et al. 2007). Von dieser Erbmasse profitierten nicht alle gleich: Mindestens ein Drittel der Bevölkerung ging leer aus. Hingegen erbten die zehn Prozent mit den grössten Erbschaften drei Viertel der Gesamtsumme aller Erbschaften.

Die tiefe Besteuerung der Vermögen und Erbschaften der Reichsten wurde zuletzt noch weiter verringert. Einerseits schafften zahlreiche Kantone seit den 1990er Jahren die Erbschaftssteuern für direkte Nachkommen ab – zum Nachteil der öffentlichen Finanzen (vgl. Brühlhart und Parchet 2014). Andererseits wurden sowohl die Einkommenssteuern für grossen Einkommen als auch die Vermögenssteuern für grossen Vermögen stärker gesenkt als für kleine. Ersteres wurde im letzten Kapitel gezeigt. Letzteres geht aus der nachfolgenden Grafik 4.3 hervor. Sie zeigt die durchschnittliche Vermögenssteuersenkung zwischen 2002 und 2012. Steuerpflichtige mit einem Reinvermögen von 100 Millionen Franken zahlten im Jahr 2012 im Durchschnitt 0.094 Prozent ihres Reinvermögens weniger Vermögenssteuern pro Jahr; das entspricht 94'000 Franken. Wer aber bloss ein Vermögen von 100'000 Franken zu versteuern hatte, wurde nur um 0.009 Prozent seines Reinvermögens entlastet; das entspricht ganzen 9 Franken.

Grafik 4.3 Durchschnittliche Vermögenssteuersenkung zwischen 2002 und 2012

in % des Reinvermögens von 2012, mit kantonaler Bevölkerung gewichteter Durchschnitt der Kantons-
hauptorte



Quelle: Eigene Berechnungen mit Daten der Eidgenössischen Steuerverwaltung

Die Reichsten profitierten in den letzten Jahren aber nicht nur von der Steuerpolitik. Ebenso hat ihnen der Anstieg der von den Unternehmen an die privaten Haushalte ausgeschütteten Gewinne die Hände, gespielt (vgl. Grafik 2.13). Dieser Gewinnregen hat zur wachsenden Ungleichheit beigetragen, weil hauptsächlich die grossen Vermögen Wertschriften besitzen, die zum Bezug der Gewinne berechtigen. Aus dem gleichen Grund trägt auch der Wertanstieg auf den Finanzmärkten in den letzten beiden Jahrzehnten zur Vermögensungleichheit bei. Er wurde nur vorübergehend durch die Finanzkrise zurückgeworfen. Da die Reichsten einen grösseren Teil ihres Vermögens in Form von Wertschriften halten als die restliche Bevölkerung, konnten sie auch stärker von dieser Entwicklung profitieren (vgl. z.B. dazu Credit Suisse 2014b: 119). Neben den höheren Kapitalerträgen verschärft auch die sich weiter öffnende Lohnschere die Vermögensungleichheit. Von den höheren Löhnen können sich die Spitzverdiener grössere Vermögen ansparen. Das drückt sich exemplarisch darin aus, dass sich unter den 300 reichsten Schweizern mittlerweile 17 Spitzenmanager mit Vermögen von 125 Millionen Franken befinden (vgl. Bilanz 2014).

4.2 Immobilienbesitz und Altersvorsorge

Schliesslich hat die hohe Ungleichheit in der Schweiz auch mit dem Immobilienbesitz und der Altersvorsorge zu tun. Die SchweizerInnen sind nach wie vor ein Volk von MieterInnen: 63 Prozent der Haushalte besitzen kein Wohneigentum (BFS 2014d). Statistisch wird die gemessene Ungleichheit dadurch leicht vergrössert, da der steuerbare Wert der Immobilien auf Grund der Bewertungsmethoden der Steuerämter in der Regel unter dem Marktwert liegt. Die Unterschiede zwischen den Reichsten und den Haushalten mit eigenen vier Wänden ohne grosse zusätzliche

Vermögenswerte werden leicht überschätzt, die Unterschiede zwischen letzteren und Haushalten ohne Immobilienbesitz zugleich gerne unterschätzt.

In der schweizerischen Altersvorsorge erwerben Erwerbstätige mit obligatorischen Beiträgen an AHV und an berufliche Vorsorge Ansprüche auf eine Altersrente. Dadurch ist es für sie nicht nötig – und oft auch nicht möglich – viel Geld fürs Alter zur Seite zu legen.¹⁵ Gerade tiefe und mittlere Einkommen sparen keine grossen steuerbaren Vermögen an. Die Unterschiede zwischen den Reichsten und der grossen Mehrheit der Bevölkerung fallen deutlicher aus.

Die Verteilung der Vermögen würde aber auch dann nicht grundsätzlich auf den Kopf gestellt, würde man die Ansprüche auf Altersrenten den Vermögen zurechnen oder einen Systemwechsel zu einer Altersvorsorge über private Ersparnisse vollziehen. Die untersten 99 Prozent würden zwar gegenüber dem reichsten Prozent an Vermögensanteilen dazugewinnen. Da die Rentenansprüche, wie die sie bildenden Erwerbseinkommen, ungleich verteilt sind, würde es aber innerhalb der 99 Prozent kaum zu einer starken Angleichung kommen. Zudem blieben die Vermögen am oberen Ende konzentriert. Normalverdienenden wäre es durch private Ersparnisse nicht möglich, in die Nähe der grossen Vermögen in der Schweiz zu kommen – und schon gar nicht durch die AHV- und Pensionskassenansprüche. Das verdeutlicht eine Musterrechnung. Um 3.35 Millionen Franken Vermögen zu bilden und damit zum reichsten Prozent zu gehören, müsste man 108 Jahre lang jährlich 7'350 Franken (die durchschnittliche Sparquote von 12 Prozent auf den mittleren Lohn gerechnet) zur Seite legen – und darauf noch einen Vorzugszins von 2 Prozent erhalten.

Überdies sind sowohl die Guthaben der Altersvorsorge als auch die „eigenen vier Wände“ von anderer Qualität als die Vermögen der Reichsten. Über die Guthaben in der Altersvorsorge können ihre BesitzerInnen nämlich nicht kurzfristig verfügen – unabhängig davon, in welcher Säule sie sich befinden. Diese Guthaben sind gesetzlich gebunden und dienen der Sicherung des Konsums im Alter. Ebenfalls gebunden und auf den Konsum ausgerichtet sind Immobilien für den Eigenbedarf. Die grossen Vermögen dagegen sind schlicht zu gross um verkonsumiert zu werden. Stattdessen garantieren sie ihren BesitzerInnen und deren ErblInnen beachtliche Einkommen ohne Arbeitsleistung und – in Form von Aktienvermögen – Verfügungsgewalt über privatwirtschaftliche Unternehmen.

¹⁵ Domeij und Klein 2002 führen dieses Argument für Schweden aus.

5 Literatur

- Albrecht, D. E., & Albrecht, C. M. (2007). Income inequality: the implications of economic structure and social conditions. *Sociological Spectrum*, 27(2), 165-181.
- Alvaredo, F., Atkinson, A.B., Piketty, T., & Saez, E. (2014). The World Top Incomes Database. <http://topincomes.g-mond.parisschoolofeconomics.eu/>.
- Atkinson, A. B., Piketty, T. & Saez, E. (2011): Top incomes in the long run of history, *Journal of Economic Literature* 49:1, S. 3-71.
- Bethlehem, J., Cobben, F., & Schouten, B. (2011). *Handbook of Nonresponse in Household Surveys*. John Wiley & Sons, Hoboken (NJ).
- Bilanz (2014). Die 300 Reichsten 2013. <http://www.bilanz.ch/300-Reichste-live>.
- Birchler U., R. Volkart, D. Ettlín & R. Hegglin (2011). Aktienbesitz in der Schweiz 2010, Institut für Banking und Finance, Universität Zürich.
- Brühlhart, M. & Parchet, R. (2014). Alleged Tax Competition: The Mysterious Death of Bequest Taxation in Switzerland. *Journal of Public Economics*, 111: 63–78.
- Bundesamt für Statistik (2012). Einkommensungleichheit und staatliche Umverteilung Zusammensetzung, Verteilung und Umverteilung der Einkommen der privaten Haushalte. Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (2013). Die «Mitte» im Fokus. Die Entwicklung der mittleren Einkommensgruppen von 1998 bis 2009. Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (2014a). Die berufliche Vorsorge in der Schweiz. Pensionskassenstatistik 2012. Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (2014b). Mietpreisindex. <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/05/06/blank/key/index.html>
- Bundesamt für Statistik (2014c). Mittlere Einkommensgruppen in der Schweiz. Welche Bedeutung haben die obligatorischen Ausgaben? BFS Aktuell.
- Bundesamt für Statistik (2014d). Eidgenössische Volkszählung 2012: Wohnverhältnisse. http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/09/01/new/nip_detail.html?gnplD=2014-351
- Caminada, K., Goudswaard, K., & Wang, C. (2012). Disentangling income inequality and the redistributive effect of taxes and transfers in 20 LIS countries over time. MPRA Paper No. 42350.
- Credit Suisse (2014a). Global Wealth Report 2014. Credit Suisse Research Institute, Zürich.
- Credit Suisse (2014b). Global Wealth Databook 2014. Credit Suisse Research Institute, Zürich.
- Crivelli, L., & Salari, P. (2014). The Impact of Federalism on the Healthcare System in Terms of Efficiency, Equity, and Cost Containment: The Case of Switzerland. *Health Care Provision and Patient Mobility: Health Integration in the European Union*, 155-178.

- Dell, F., Piketty, T. & Saez, E. (2007). Income and Wealth Concentration in Switzerland over the Twentieth Century. In: Atkinson, A.B. & Piketty, T. (Hrsg.), *Top Incomes over the Twentieth Century: A Contrast between Continental European and English-Speaking Countries*. Oxford und New York: Oxford University Press: 472-500.
- Domeij, D., & Klein, P. (2002). Public Pensions: To What Extent Do They Account for Swedish Wealth Inequality?. *Review of Economic Dynamics*, 5(3), 503-534.
- Eidgenössische Finanzverwaltung (2014). Öffentliche Finanzen der Schweiz, FS-Modell. <http://www.efv.admin.ch/d/dokumentation/finanzstatistik/berichterstattung.php>
- Eidgenössische Steuerverwaltung (2014a). Statistik direkte Bundessteuer, natürliche Personen. <http://www.estv.admin.ch/dokumentation/00075/00076/00701/index.html?lang=de>.
- Eidgenössische Steuerverwaltung (2014b). Gesamtschweizerische Vermögensstatistik der natürlichen Personen. <http://www.estv.admin.ch/dokumentation/00075/00076/00717/?lang=de>.
- Föllmi, R. & Martínez, I. (2012). Volatile Top Income Shares in Switzerland? Reassessing the Evolution Between 1981 and 2008, Discussion Paper no. 2012-27, Department of Economics, Universität St. Gallen.
- Fournier, J. M., & Koske, I. (2012). Less Income Inequality and More Growth—Are they Compatible? Part 7. The Drivers of Labour Earnings Inequality—An Analysis Based on Conditional and Unconditional Quantile Regressions. *OECD Economics Department Working Papers (930)*.
- Huber, E., & Stephens, J. D. (2014). Income inequality and redistribution in post-industrial democracies: demographic, economic and political determinants. *Socio-Economic Review*, 12(2), 245-267.
- Joumard, I., Pisu M., & Bloch D. (2012). Tackling income inequality: The role of taxes and transfers. *OECD Journal: Economic Studies*.
- Grabka, M. M., & Kuhn, U. (2012). Entwicklung der Einkommensungleichheit in Deutschland und in der Schweiz seit der Jahrtausendwende. *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie*, 38(2).
- Kenworthy, L., & Pontusson, J. (2005). Rising inequality and the politics of redistribution in affluent countries. *Perspectives on Politics*, 3(3), 449-471.
- Kenworthy, L. (2008). *Jobs with equality*. New York: Oxford University Press.
- Korinek, A., Mistiaen, J. A., & Ravallion, M. (2006). Survey nonresponse and the distribution of income. *The Journal of Economic Inequality*, 4(1), 33-55.
- Lampart, D., & Gallusser, D. (2014). Boni und wachsende Lohnschere. Wie Manager und Spitzenverdiener von der Individualisierung der Löhne profitieren. *SGB-Dossier Nr. 97*.
- Lampart, D., Oberholzer, B., & Gallusser, D. (2015). Höhere Prämienverbilligungen gegen die Krankenkassen-Prämienlast. Eine Analyse der durchschnittlichen Prämienlast in der Schweiz und Vorschläge für den Ausbau der Prämienverbilligungen. *SGB-Dossier 108*.
- Morelli, S., Thompson, J., & Smeeding, T. M. (2014). Post-1970 Trends in Within-Country Inequality and Poverty. In: Atkinson, AB & Bourguignon, F (Hrsg.), *Handbook of Income Distribution*, 2.

- Murray, C. J., Xu, K., Klavus, J., Kawabata, K., Hanvoravongchai, P., Zeramdini, R., Aguilar-Rivera A.M., & Evans, D. B. (2003). Assessing the distribution of household financial contributions to the health system: concepts and empirical application. In: Murray, C. J. & Evans, D.B. (Hrsg.). *Health systems performance assessment: debates, methods and empiricism*. Geneva: World Health Organization. 513-531.
- Roller, M., & Schmidheiny, K. (Mimeo). Mobility and Progressive Taxation. http://www.cesifo-group.de/de/dms/ifodoc/docs/Akad_Conf/CFP_CONF/CFP_CONF_2014/egit14-Felbermayr/egit14-Papers/egit14-Roller_19107284_en.pdf
- OECD (2011). *Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising*. Paris: OECD Publishing.
- OECD (2014). *Taxing Wages 2012-2013*. OECD Publishing.
- Peters, R. (2011). La répartition régionale de la richesse en Suisse, Eidgenössisches Finanzdepartement, Bern.
- Waldenström, D., & Roine, J. (2014). Long Run Trends in the Distribution of Income and Wealth. In: Atkinson, AB & Bourguignon, F (Hrsg.), *Handbook of Income Distribution, 2*.
- Wanner, Ph. & Gabadinho, A. (2008). Die wirtschaftliche Situation von Erwerbstätigen und Personen im Ruhestand. *Beiträge zur sozialen Sicherheit. Forschungsbericht Nr. 1/08*. Bundesamt für Sozialversicherungen.
- Schaltegger, C. A., & Gorgas, C. (2011). The evolution of top incomes in Switzerland over the 20th century. *Swiss Journal of Economics and Statistics (SJES)*, 147(IV), 479-519.
- Schaltegger, C. A., & Gorgas, C. (2014). Wie entwickelt sich die Schweizer Mittelschicht? *CREMA Working Paper* No. 2014-11.
- Stutz, H., Bauer, T., & Schmutz, S. (2007): Erben in der Schweiz. Eine sozioökonomische Analyse unter besonderer Berücksichtigung der Generationenbeziehungen. Zusammenfassung Forschungsprojekt Nr. 4045-059627. NRP 52 Kindheit, Jugend und Generationenbeziehungen im gesellschaftlichen Wandel.

6 Methodenanhang

Berechnung der Einkommen nach Steuern und Transfers anhand der Steuer-, Abgaben- und Transfertarife

Um die Verteilung der Belastung durch Steuern und Abgaben zu analysieren (vgl. Abschnitt 3.1), wurde für Einpersonenhaushalte sowie verheiratete Paare mit 2 Kindern und unterschiedliche Einkommen anhand der durchschnittlichen Steuer- und Abgabentarife bzw. Transferleistungen aus dem Jahr 2012 die verfügbaren Einkommen berechnet. Es wurde angenommen, dass die Haushalte nur Lohneinkommen als Arbeitnehmer beziehen. Bei den Paaren wurde zudem unterstellt, dass sie verheiratet sind und gemeinsam 150 Stellenprozente für den gleichen Lohn arbeiten.

Von den unterschiedlichen Löhnen wurden die folgenden Steuern und Abgaben weg- bzw. Transfers hinzugerechnet:

- **Sozialversicherungsbeiträge für AHV/IV/EO, Arbeitslosenversicherung (ALV), Nichtberufsumfallversicherungen (NBUV) sowie obligatorische Pensionskassenbeiträge:** Es wurden nicht nur die gültigen Sätze, sondern auch die gültigen Grenzen der maximal versicherten Einkommen (bei der ALV, der NBUV und den PK-Beiträgen) berücksichtigt. Für die NBUV und die Pensionskassen wurden die durchschnittlichen effektiven Beiträge nach Sozialversicherungsstatistik des Bundesamts für Sozialversicherung verwendet.
- **Einkommenssteuern (Direkte Bundes-, Kantons-, Gemeinde- und Kirchensteuer):** Wir errechneten zunächst die Steuerbelastung für jedes Einkommen und jeden Haushalt in den Kantonshauptorten und bildeten anschliessend einen mit der Bevölkerung der einzelnen Kantone gewichteten Durchschnitt. Datengrundlage sind die jährlichen Zusammenstellungen der Eidgenössischen Steuerverwaltung zur Steuerbelastung in den Kantonshauptorten.
- **Krankenkassenprämien abzüglich der Prämienverbilligungen:** Es wurden die durchschnittlichen Prämien für die obligatorische Krankenpflegeversicherung gemäss Statistik des Bundesamts für Gesundheit verwendet. Für die Prämienverbilligungen wurde ein gesamtschweizerischer Durchschnitt bestimmt, indem für jeden Kanton der Anspruch für jedes Einkommen und jeden Haushalt einzeln berechnet und dann mit der Bevölkerungsanzahl und Prämienhöhe des Kantons gewichtet wurde. Details zum Verfahren finden sich in Lampart et al. (2015).
- **Familienzulagen:** Den Familienhaushalten werden Familienzulagen gewährt. Auch hier wurde der mit der Bevölkerung gewichtete Durchschnitt der Kantone verwendet.
- **Indirekte Steuern und Gebühren:** Mit den kaufkraftbereinigten Resultaten der HABE 2009-2011 wurde für das Jahr 2012 für jedes Einkommen und jeden Haushalt die Konsumneigung für den Konsum von Gütern mit dem normalen und dem reduzierten Mehrwertsteuersatz bzw. dem Sondersatz, Mineralölprodukte, Bier- und Alkoholsteuern sowie Gebühren geschätzt. Dadurch konnten die konsumierten Mengen der indirekt besteuerten Güter und letztlich über die Tarife die geleisteten Abgaben bestimmt werden. Für jeden Haushalt wurden pro Erwachsenen des Weiteren die durchschnittlichen Tabaksteuern pro über 16jährigen abgezogen.

Für die Berechnung der zeitlichen Entwicklung der Belastung zwischen 2002 und 2012 (vgl. Abschnitt 3.2) wurde in vier Schritten verfahren.

- Zunächst wurde für jedes Einkommen im Jahr 2012 mit dem Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) das kaufkraftäquivalente Einkommen im Jahr 2002 berechnet.
- Danach wurde anhand der Tarife im Jahr 2002 berechnet, wie hoch die Belastung auf dieses Einkommen im Jahr 2002 gewesen wäre.
- Anschliessend wurde diese Belastung für das Jahr 2012 kaufkraftbereinigt. Preissteigerungen, die von der Erhöhung der indirekten Steuern und Gebühren sowie gestiegenen Wohnkosten ausgingen, wurden aus dem LIK-Deflator korrigiert.
- Schliesslich wurde die Differenz zwischen der so berechneten Belastung aus dem Jahr 2002 in Preisen von 2012 und der Belastung im Jahr 2012 gebildet. Sie zeigt, wie sich die Steuer-, Abgaben- und Transfersätze für das jeweilige Einkommen verändert haben.

Für die Belastung der Haushalte durch die Mieten wurde für jedes Einkommen und jeden Haushalt, wie bei den indirekten Steuern und Gebühren, nach HABE 2009-2011 die Wohnkonsumneigung berechnet. Mit dem Mietpreisindex des LIK wurde die veränderte Belastung der Haushalte durch Mieten geschätzt.

Datenquellen:

- Bundesamt für Gesundheit (2014): Zeitreihen Krankenversicherung.
<http://www.bag.admin.ch/pyramiden/index.html?lang=de>.
- Bundesamt für Statistik (2014): Haushaltsbudgeterhebung (HABE).
<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/20/02/blank/key/einkommen0/niveau.html>.
- Bundesamt für Statistik (2014): Landesindex der Konsumentenpreise.
<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/05/02.html>.
- Bundesamt für Sozialversicherungen (2014): Schweizerische Sozialversicherungsstatistik.
<http://www.bsv.admin.ch/dokumentation/zahlen/00095/00420/index.html?lang=de>.
- Eidgenössische Steuerverwaltung (2014): Steuerbelastung in den Kantonshauptorten.
<http://www.estv.admin.ch/dokumentation/00075/00076/00720/index.html?lang=de>.
- Eidgenössische Finanzverwaltung (2014): Finanzstatistik.
http://www.efv.admin.ch/d/dokumentation/zahlen_fakten/finanzstatistik/kennzahlen.php.
- Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (2014): Krankenversicherung: Prämienverbilligungen, Synoptische Übersicht 2002-2012.
<http://www.gdk-cds.ch/index.php?id=581>.

Vermögensstatistiken und Schätzung der Vermögensanteile nach Perzentilen

Die gesamtschweizerische Vermögensstatistik der natürlichen Personen der Eidgenössischen Steuerverwaltung (2014b) führt in tabellarischer Form auf, wie viel Reinvermögen die Steuerpflichtigen nach Reinvermögensklasse versteuern. Um Angaben zu den Vermögensanteilen nach Perzentilen machen zu können, müssen die Anteile der Vermögenklassen inter- bzw. extrapoliert werden.

- Für Vermögenklassen bis zur höchsten Stufe (d.h. Vermögen kleiner als 10 Millionen Franken) wurden die Vermögensanteile in der kumulativen Verteilung linear interpoliert (vgl. Peters (2011: 31ff.))
- Für die oberste Vermögenklasse (Vermögen über 10 Millionen Franken) wurde eine Pareto-Verteilung unterstellt, welche erfahrungsgemäss die oberen Enden von Reichtumsverteilungen relativ genau abbildet (vgl. z.B. ebd. oder Atkinson et al. 2011).

Das Reinvermögen entspricht allen steuerbaren Vermögenswerten abzüglich der Schulden. Steuerbare Vermögenswerte sind Geld-, Wertschriften-, Immobilien- und Grundbesitz, aber auch der Besitz einzelner weiterer Wertgegenstände (wie bspw. Autos oder Kunst- und Schmuckgegenstände). Nicht steuerpflichtig sind Rentenansprüche aus der beruflichen Vorsorge (2. Säule) und der gebundenen Selbstvorsorge (3. Säule) sowie der Hausrat. Sie sind deshalb in der Statistik nicht berücksichtigt. Immobilien werden nach einem geschätzten Verkehrswert erfasst. Dieser liegt in der Regel unter dem tatsächlich erzielbaren Marktwert, wodurch die Immobilienvermögen unterschätzt werden.

Datenquelle:

- Eidgenössische Steuerverwaltung (2014): Gesamtschweizerische Vermögensstatistik der natürlichen Personen.
<http://www.estv.admin.ch/dokumentation/00075/00076/00717/index.html?lang=de>.

Die Reihe SGB-Dossier. Bisher erschienen**Titres déjà publiés dans la série Dossier de l'USS**

- 75 Erlass von Mindestlöhnen aufgrund der flankierenden Massnahmen. Eine Praxisübersicht. Februar 2011.
- 76 AHV bleibt stabil. SGB-Finanzierungsszenarien für die AHV. März 2011.
L'AVS toujours stable. Scénarios de l'USS pour le financement de l'AVS. Mai 2011.
- 77 SGB-Verteilungsbericht. April 2011, *avec résumé en français.*
- 78 Vertrags- und Lohnverhandlungen 2010/2011; Eine Übersicht aus dem Bereich der SGB-Gewerkschaften. Mai 2011.
Négociations conventionnelles et salariales 2010/2011 ; un aperçu des secteurs couverts par les syndicats de l'USS. Mai 2011.
- 79 Massnahmen und Instrumente zur Bekämpfung der geschlechtsspezifischen Lohndiskriminierung, Mai 2011, *avec résumé en français.*
- 80 Mindestlohn – Situation und Handlungsbedarf. Bericht der SGB-Expertengruppe Mindestlohn (Kurzfassung), Juli 2011 / *Salaires minimums : situation et mesures requises – Rapport du groupe d'expert(e)s de l'USS sur les salaires minimums (version abrégée), septembre 2011.*
- 81 Zur Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften im Jahr 2010. Okt. 2011. *Évolution des effectifs des syndicats en 2010. Oct. 2011.*
- 82 Rund um die Uhr konsumieren = Rund um die Uhr arbeiten. Februar 2012. *Consommer 24 heures sur 24, c'est travailler 24 heures sur 24. Février 2012.*
- 83 Berufliche Vorsorge I. Rendite: Ursachen, Zusammenhänge und Perspektiven. März 2012, *avec résumé en français.*
- 84 Berufliche Vorsorge II. Lebenserwartung: Eine kritische Analyse der heute verwendeten Grundlagen. März 2012, *avec résumé en français.*
- 85 Berufliche Vorsorge III. Verwaltungskosten: Bedeutendes Sparpotenzial. März 2012, *avec résumé en français.*
- 86 SGB-Verteilungsbericht. Eine Analyse der Lohn-, Einkommens- und Vermögensverteilung in der Schweiz, *avec résumé en français.* April 2012.
- 87 Vertrags- und Lohnverhandlungen 2011/2012; Eine Übersicht aus dem Bereich der SGB-Gewerkschaften. April 2012. *Négociations conventionnelles et salariales 2011/2012 ; un aperçu des secteurs couverts par les syndicats de l'USS. Avril 2012.*
- 88 *Conditions de travail et salaires dans l'horticulture. Août 2012.*
- 89 Zur Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften im Jahr 2011. Aug. 2012. *Évolution des effectifs des syndicats en 2011. Sept. 2012.*
- 90 Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung nur für eine Minderheit. Zur wirtschaftlichen Lage der Rentner und Rentnerinnen in der Schweiz. September 2012. *Seule une minorité peut maintenir son niveau de vie antérieur. La situation économique des retraités et des retraitées en Suisse. Septembre 2012.*
- 91 Unternehmensbesteuerung: Unternehmen müssen Steuern zahlen – Steuergeschenke für Firmen sind volkswirtschaftlich falsch *avec synthèse en français.* Oktober 2012
- 92 Der „liberale“ Arbeitsmarkt der Schweiz – Entzauberung eines Mythos. November 2012. *Le marché du travail « libéral » en Suisse – Une démystification. Novembre 2012.*
- 93 Vertrags- und Lohnverhandlungen 2012/2013. Eine Übersicht aus dem Bereich der SGB-Gewerkschaften. April 2013. *Négociations conventionnelles et salariales 2012/2013. Un aperçu des secteurs couverts par les syndicats de l'USS. Mai 2013.*
- 94 Halbierte Sozialpartnerschaft in der Schweiz. August 2013. *Le semi-partenariat social en Suisse. Août 2013.*
- 95 GAV in der Schweiz: Probleme, Handlungsbedarf, Lösungen. August 2013. *Les CCT en Suisse : problèmes, mesures requises, solutions. Août 2013*
- 96 Zur Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften im Jahr 2012. Okt. 2013. *Évolution des effectifs des syndicats en 2012. Oct. 2013.*
- 97 Boni und wachsende Lohnschere. Oktober 2013.
- 98 Der Detailhandel. Schwache Lohnentwicklung trotz Produktivitätsschub, *avec résumé en français.* November 2013.
- 99 Kantonsfinanzen. Fragwürdige, schädliche Sparmassnahmen in den Kantonen. Eine ökonomische Analyse, Dezember 2013
Finances cantonales. Programmes d'austérité douteux et préjudiciables dans les cantons. Une analyse économique. Déc. 2013
- 100 Arbeitszeitkontrollieren statt Burnouts kurieren. Mangelhafter Vollzug der Arbeitszeiterfassung in den Kantonen, *avec l'introduction, conclusions et perspectives en français.* Januar 2014
- 101 12. SGB-Frauenkongress vom 15. und 16. November 2013. Gute Arbeit – gutes Leben! Pour de bonnes conditions de travail! Adesso e in futuro! Wir Frauen zahlen eure Krise nicht. April 2014. *12^e Congrès des femmes de l'USS des 15 et 16.11.2013. Gute Arbeit – gutes Leben! Pour de bonnes conditions de travail ! Adesso e in futuro! Ce n'est pas aux femmes de payer la crise! Avril 2014.*
- 102 Vertrags- und Lohnverhandlungen 2013/2014 ; Eine Übersicht aus dem Bereich der SGB-Gewerkschaften. April 2014. *Négociations conventionnelles et salariales 2013/2014 ; un aperçu des secteurs couverts par les syndicats de l'USS. Avril 2014.*
- 103 Ein starker Service Public – damit die Schweiz funktioniert. Reden der Tagung vom 27.2.2014. April 2014. *Des services publics forts pour une Suisse qui fonctionne ! Les interventions de la journée du 27.2.2014. Avril 2014.*
- 104 Was für die Lohngleichheit zu tun ist. Eine Analyse der Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern und der politischen Gegenmassnahmen. April 2014. *Que faire pour instaurer l'égalité de salaire entre les sexes ? Analyse des différences de salaire entre les femmes et les hommes et contre-mesures politiques. Juin 2014.*
- 105 Zur Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften im Jahr 2013. Sept. 2014. *Évolution des effectifs des syndicats en 2013. Sept. 2014*
- 106 55. SGB-Kongress vom 23. – 24. Oktober 2014. Positionspapiere und Resolutionen. November 2014. *55^e Congrès de l'USS des 23 et 24 octobre 2014. Textes d'orientation et résolutions. Novembre 2014.*
- 107 SGB-Verteilungsbericht. Eine Analyse der Lohn-, Einkommens- und Vermögensverteilung in der Schweiz. Januar 2015, *avec résumé en français.*
- 108 Höhere Prämienverbilligungen gegen die Krankenkassen-Prämienlast. Eine Analyse der durchschnittlichen Prämienlast in der Schweiz und Vorschläge für den Ausbau der Prämienverbilligungen. Januar 2015, *avec résumé en français.*

Nachbestellte Einzelnummern kosten Fr. 4.- pro Ex.; Umfangreiche Nummern sind teurer, Fr. 10.- (inkl. Porto).

Chaque commande supplémentaire coûte 4 francs l'exemplaire ; pour les numéros plus volumineux, 10 francs/ex. (frais de port inclus).

Bestellitalon: Einsenden an SGB, z.H. Maria-Rosa d'Alessandris / Kathrin Kohler, Postfach, 3000 Bern 23, Fax 031 377 01 02 oder per e-mail: info@sgb.ch

Talon de commande : à envoyer à l'USS, c/o Maria-Rosa d'Alessandris, Kathrin Kohler, c.p., 3000 Berne 23 ; télécopieur 031 377 01 02 ou par e-mail : info@sgb.ch

Ich bestelle folgendes Dossier:

Nr. / N° Anzahl Ex. / Nombre d'ex. _____

Je commande les Dossiers suivants :

Nr. / N° Anzahl Ex. / Nombre d'ex. _____

Nr. / N° Anzahl Ex. / Nombre d'ex. _____

Name, Vorname / Nom, Prénom: _____

Strasse / Rue: _____

Ort / Localité: _____